

PARITÄTREPORT

2 | 2016



- So nicht! Rote Karte für den Entwurf zum Bundesteilhabegesetz
- Verbandsratswahl: Nominierungsphase läuft
- Ministerpräsident fährt „Essen auf Rädern“ aus



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Referat für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
presse@paritaetischer.de

Druck

Sattler Direct Mail GmbH & Co. KG,
Hildesheim

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Sonderkonditionen für alle Mitglieder

Neuer Katalog Einkauf Rahmenverträge 2016 erschienen

Die über 10.400 Mitglieder des Paritätischen mit über 668.000 Arbeitnehmern bilden ein starkes Bündnis. Die Bündelung dieses Einkaufspotenzials ermöglicht Sonderkonditionen bei der Beschaffung von Produkten oder Dienstleistungen. Die Rabatte dieser Rahmenverträge sind für alle Mitglieder gültig (unabhängig von der Größe der Einrichtung). Der Paritätische hält über 160 Rahmenverträge. Die Rahmenvertragspartner sind Lieferanten und Dienstleister aus den unterschiedlichsten Branchen wie Auto, Dienstreisen, Objekteinrichtung & Ausstattung, Hauswirtschaft & Hygiene, IT & Bürobedarf



und Service für die Einrichtung. Der neue Katalog „Die Rahmenverträge des Paritätischen“ ist im April 2016 in der 5. Auflage erschienen. Alle Mitgliedsorganisationen erhalten automatisch ein Exemplar per Post. Sollten Sie weitere Exemplare benötigen, schreiben Sie eine E-Mail an katalog@paritaet.org. Für Rückfragen zum Thema Rahmenverträge stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth vom Paritätischen Gesamtverband unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Vorstand des Paritätischen ist wieder komplett. Seit dem 01.04.2016 ist Rainer Flinks als stellv. Vorsitzender im Verband tätig und für den sog. Geschäftsbereich I – Kreisverbände – zuständig. Herr Flinks hat seine Tätigkeit mit großem Engagement aufgenommen. Inzwischen ist der Sommer da, der Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 ist beraten. In der Sozialpolitik zeichnet sich ab, dass wir uns mit dem Erhalt des Status quo begnügen müssen. Einzig für die Bedarfe im Bereich der Flüchtlingshilfe wird mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Die Behindertenhilfe steht wegen der Entwicklungen auf der Bundes-, aber auch auf der Landesebene unter besonderem Druck, deshalb widmen wir diesem wichtigen Thema den Schwerpunkt dieses Heftes. Erst seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist es eine selbstverständliche gesellschaftliche Aufgabe, alles dafür zu tun, damit Menschen mit Behinderung im vollen Umfang an der Gesellschaft teilhaben können. Das Bundesteilhabegesetz soll die Eingliederungshilfe umfassend neu regeln und einer der wichtigen Bestandteile der deutschen Bemühungen zur Umsetzung der UN-BRK sein. Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen warten schon lange auf dieses Gesetz.



Der jetzt vorliegende Entwurf spiegelt von den Bemühungen überhaupt nichts wider. Im Gegenteil, wenn das Gesetz auch nur ansatzweise in der vorgesehenen Form umgesetzt wird, drohen vielen Menschen mit Behinderungen Leistungsverlechterungen im Bereich der Teilhabe und im Wohnen, wenn der Wohnraum dann zu teuer wäre. Die Träger, die mit hohem Engagement Inklusion vorantreiben, werden möglicherweise wegen der leistungs- und kostensteuernden Elemente in dem Gesetz nicht mehr in der Lage sein, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anständig zu bezahlen. Wir im Paritätischen haben unsere Kritik in der von unseren Mitgliedsorganisationen mitgetragenen „Hannoverschen Erklärung“ zum Ausdruck gebracht.

Ebenso auf der Bundesebene forciert das Behindertengleichstellungsgesetz zwar den Ausbau der Barrierefreiheit, aber

nur im öffentlichen Sektor. Die Privatwirtschaft kann weiter auf zahllose Ausnahmen bauen. Noch dazu können Unternehmen sich auch weiter mit einer vergleichsweise geringen Ausgleichsabgabe davon freikaufen, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Aber: Anstatt das anzugehen kritisiert die Landesbehindertenbeauftragte in Niedersachsen lieber die engagierte und qualitativ hervorragende Arbeit der Werkstätten für behinderte Menschen.

Auf den im Koalitionsvertrag als eins der vorderen Ziele zugesagten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir trotz Versprechungen lange gewartet. Unsere Meinungen haben zumindest dazu geführt, dass der Ziel- und Maßnahmenkatalog zur Umsetzung



der UN-BRK als abgespeckter Zweijahresplan kommen soll. Wann diese Version nun kommt, ist verbindlich noch nicht geklärt, es ist ein Bericht für das Kabinett noch im Sommer 2016 geplant. Eine Begleitung in der Umsetzung durch kompetente Begleitgremien zu den verschiedenen Themen, wie von den Verbänden gefordert, ist nicht vorgesehen. Das Ganze

macht ein wenig den Eindruck, dass Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen in unserem Land nur nach Haushaltslage gehen soll. Das kann nicht zufriedenstellen.

Die Gesellschaft befindet sich, wie auch der aktuelle Austritt von Großbritannien aus der EU zeigt, im Umbruch. Und wir erleben in der politischen Debatte viel Unzufriedenheit, Wut und leider auch Hass, weil Populisten rücksichtslos Ängste schüren. Hier müssen wir Zeichen setzen. Die Politik muss sich einsetzen für das Miteinander aller Menschen. Das betrifft Flüchtlinge, aber auch Menschen mit Behinderung, arme Menschen und überhaupt alle Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Unsere Gesellschaft steht wirtschaftlich so gut da wie noch nie. Wir *sollten* das also nicht nur schaffen, wir *können* es schaffen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine schöne Sommerzeit.

Herzlichst, Ihre
 Birgit Eckhardt
 Vorsitzende

Rainer Flinks
 stellv. Vorsitzender



Ankündigung

36. Mitgliederversammlung

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e. V.

Samstag, 12. November 2016

Einlass 9 Uhr, Beginn 10 Uhr

Congress Centrum Hannover (Glashalle)

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.

Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

Ansprechpartnerin für Fragen und Informationen:

Nadine Heise

0511 / 52486-363

nadine.heise@paritaetischer.de

Ausgabe 2-16

Impressum.....	2
Editorial	3

Schwerpunkt: Behindertenhilfe

Politik lässt die Menschen mit Behinderung im Stich	6
Protest am Entwurf zum Bundesteilhabegesetz.....	7
Bundesteilhabegesetz: Nachgefragt bei Betroffenen....	8
Hannoversche Erklärung zum Bundesteilhabegesetz...	8
Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention – ein zahloser Tiger?.....	9
Hilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen	10
Sehbehindert, traumatisiert und sprachlos	12
Special Olympics 2016: Neue Maßstäbe gesetzt.....	13
Paritätischer Niedersachsen in der Olympic Town....	14
Fachtag zu gleichen Chancen für alle Kinder	15
Ermäßigter Umsatzsteuersatz in Werkstätten für behinderte Menschen in Niedersachsen.....	16
Neues Pflegestärkungsgesetz betrifft Menschen mit Behinderung	17
Berufliche Bildung: Qualifizierungsbausteine.....	19
„Jeder ist willkommen“: Aktiv mit Aktivissimo	20
Personengruppe mit Komplexer Beeinträchtigung.....	22
Wir sind Autisten – na und?	23
Alltag in einem ganz besonderen Rückzugspunkt	23
Die Tagesstätte aus Sicht der TeilnehmerInnen	25
VdK fordert unverzügliche Umsetzung der Barrierefreiheit.....	26
Neuer VdK-Landesverbandsvorsitzender	26
Forum Artikel 30 gestartet	27
SoVD geht in die Luft für die Inklusion	28
Inklusives Kochseminar der Lebenshilfe Leer gewinnt „exzellent“-Preis.....	28
Aerzen: Zwei unterschiedliche Kindergärten leben unter einem Dach.....	30

Einer für alle(s)

Paritätischer demonstriert in Hannover gegen TTIP und CETA.....	32
--	----

Umfrage: Für den Erhalt der Demokratie!.....	33
Projekt zur binationalen Altenpflegeausbildung ist gestartet	34
Paritätischer Niedersachsen wählt Verbandsrat	34
Protest gegen Umstrukturierung der Schulsozialarbeit	35
DMSG-Bundesverband mobilisierte zum achten Welt MS Tag	36
Verbandsjubiläen	37

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Stephan Weil als Praktikant beim Paritätischen Göttin- gen.....	38
KIBIS Hannover feiert 30-Jähriges	39
Bewohner des Seniorenzentrums setzen sich ein	40
13. SuchtHilfeLauf der STEP	41
20 Jahre Männerbüro Hannover	42
Außerschulische Betreuung beim Paritätischen Peine	43
Ferienbetreuung beim Paritätischen Celle	44
DLRG wählt neuen Präsidenten	44
Neue Leitung beim Paritätischen in Bremervörde	45
Neuer Verwaltungsrat der GGPS Braunschweig.....	46
Trauer um Helmut Kirsebauer	46
Katrin Kammann erhält Bundesverdienstorden	48
Ehrungen	48
Der Paritätische Stellenmarkt.....	50

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen	52
Fachbereiche des Paritätischen.....	53
Abteilungsleitungen des Paritätischen.....	54
Arbeitskreise des Paritätischen.....	54
Mitglieder des Verbandsrats.....	55
Verbandsadressen.....	56

Druck auf dem Kessel

Die Politik lässt die Menschen mit Behinderung im Stich

Menschen im Rollstuhl ketten sich vor dem Bundestag an. Sie harren über Nacht vor dem Parlament aus, gegen die Kälte in der ungemütlichen Mai-nacht nur notdürftig mit Decken geschützt. Die Gruppe, etwa 20 Männer und Frauen, wartet nicht auf das nächste iPhone. Diese Menschen haben Angst, sie sind verzweifelt. Denn am Morgen nach der Protestaktion will der Bundestag das umstrittene neue Behindertengleichstellungsgesetz verabschieden.

Ein Gleichstellungsgesetz? Das ist doch gut für alle Menschen, die an Beeinträchtigungen leiden. Oder? Ja, ist es. Aber nicht gut genug. Wie etliche andere Gesetzesvorhaben im Bereich der Behindertenhilfe, mit wohlklingenden Worten angekündigt, löst auch dieses Bundesgesetz die geweckten Erwartungen nicht ein.

Das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen, so der offizielle Titel, regelt wichtige Alltagsangelegenheiten so, dass auch Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Da wäre zum Beispiel die Barrierefreiheit in Bau und Verkehr. Es gibt auch Bestimmungen für barrierefreie Informationstechnik, zur Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken, zur Verwendung von Gebärdensprache. In der neuen Fassung, die der Bundestag im Mai verabschiedet hat, sind diese Regelungen noch weitgreifender. Eine gute Sache. Aber das Gesetz gilt eigentlich nur für den Staat selbst, für öffentliche Einrichtungen wie Bürgerämter und die Büros der Rentenversicherung. Kinos, Gaststätten, Bankfilialen – hier sind Menschen mit Behinderung weiter auf den guten Willen der Geschäftsführung angewie-



Erklärtes Ziel aller Forderungen des Paritätischen: Menschen mit Behinderung nicht nur ein irgendwie ein Leben zu ermöglichen, sondern ihnen volle Teilhabe an der Gesellschaft zu gewähren.

sen. Dabei spielt sich dort der Alltag ab, auch Menschen mit Behinderung treffen sich öfter mit Freunden im Café als sie ein Amt aufsuchen.

In einem anderen Gesetzentwurf wird noch deutlicher, dass sich die Politik mit dem Begriff „Teilhabe“ schwertut. Und dabei trägt das Bundesteilhabegesetz das Schlagwort schon im Namen. Ziel des „Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ ist es laut Koalitionsvertrag der aktuellen Großen Koalition, „Leistungen an Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, aus dem bisherigen Fürsorgesystem herauszuführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionszentriert, sondern personenzentriert bereitgestellt werden.“

Was in diesen drei Sätzen alles drinsteckt! Die Abkehr vom Fürsorgesystem – Menschen mit Behinderung müssten nicht mehr als Bittsteller auftreten, sondern hätten einen Anspruch auf Leistungen! Bundesweite Standards! Personenzentrierte Arbeit!

Im Mai erschien dann nach langem Warten der Referentenentwurf des Gesetzes. Entsetzen machte sich breit. Nicht nur brachte dieser Entwurf nicht die erhofften Verbesserungen. Nein, in vielerlei Hinsicht wirkt der 370 Seiten lange Text wie ein Rückschritt in längst vergangen geglaubte Zeiten. Nur ein Beispiel: Der hart erkämpfte Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird in dem Entwurf ad absurdum geführt. Menschen mit Behinderung, die sich in ihrer eigenen Wohnung oder im Elternhaus wohlfühlen, müssten künftig damit rechnen, wieder in ein Heim oder eine WG eingewiesen zu werden, weil das günstiger ist als die Betreuung zu Hause.

Denn allen Passagen des Gesetzentwurfs liegt die Idee der Kostenneutralität zugrunde. Was an Verbesserungen

enthalten ist, muss an anderer Stelle eingespart werden. Die Steuereinnahmen sprudeln, aber für grundlegende Änderungen in der Behindertenhilfe, für die echte Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist kein Geld da. Ähnliche Argumente haben dazu geführt, dass der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Niedersachsen immer noch nicht in Kraft ist – und jetzt nur noch scheinbar umzusetzen soll.

Gleichstellungsgesetz, Bundesteilhabegesetz, Landesaktionsplan: Fast alle Regierungen der vergangenen Jahre, ob in Land oder Bund, haben sich die Inklusion auf die Fahnen geschrieben. Die Versprechungen sind in den Koalitionsverträgen nachzulesen. Der Bruch damit in den Haushaltsplänen und Gesetzestexten. Der Paritätische

Wohlfahrtsverband Niedersachsen hat sich in den vergangenen Monaten mit etlichen seiner Mitgliedsorganisationen immer wieder darum bemüht, bei Fachtagungen, mit offenen Briefen und in Hintergrundgesprächen den Finger in die Wunde zu legen.

Die Bundesrepublik Deutschland und das Bundesland Niedersachsen haben sich dazu verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Menschen mit Behinderung nicht nur irgendwie ein Leben zu ermöglichen, sondern ihnen volle Teilhabe an der Gesellschaft zu gewähren. Alle Menschen sind gleich, die Würde des Menschen ist unantastbar: Solange Menschen mit Behinderung nicht wie andere für ihr Alter sparen dürfen, solange Menschen mit Behinderung mangels Rollstuhlplätzen den Fernbus

nicht benutzen können, solange Menschen mit Behinderung vorgeschrieben bekommen, wie, wo und mit wem sie zu leben haben – solange bleiben das nur hohle Phrasen.

So nicht! Diese zwei kleinen Wörter bringen den Protest gegen das Bundesteilhabegesetz, gegen die aktuelle Behindertenpolitik in Deutschland insgesamt auf den Punkt. Entstanden bei einer Klausurtagung in Walsrode, ist dieser kleine Slogan inzwischen zum Schlagwort einer bundesweiten Kampagne geworden. Damit sich die Politik daran erinnert, was sie einst versprochen hat.

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

So nicht! 200-mal die Rote Karte

Fachleute üben Protest am Referentenentwurf zum Bundesteilhabegesetz

Bei der gemeinsamen Fachtagung „Bundesteilhabegesetz – Hat sich der lange Weg gelohnt?“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und der Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V., die von der Glücksspirale gefördert wurde, haben die 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einstimmig die „Hannoversche Erklärung“ verabschiedet. Mit dem Papier positionieren sich die niedersächsischen Verbände klar und deutlich gegen den vorliegenden Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes.

Die Fachleute aus ganz Niedersachsen haben sich Mitte Juni im Hannover Congress Centrum über das geplante Bundesteilhabegesetz ausgetauscht und sich im Anschluss an die Fachtagung deutlich gegen den Referentenentwurf positioniert. Mit der Hannoverschen



Klares Votum: Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., und Holger Stolz, Geschäftsführer der Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V., zeigen dem Bundesteilhabegesetz die Rote Karte.

Erklärung fordern sie massive Nachbesserungen im Gesetzgebungsprozess, um nachhaltig eine wirkliche Verbesserung in der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung zu erreichen.

„Wir brauchen ein Gesetz, das endlich echte Teilhabe und einen echten Nachteilsausgleich im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention verwirklicht“, sagt Birgit Eckhardt,

Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. „Die Große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Abkehr vom Fürsorgesystem versprochen. Der vorgelegte Entwurf erfüllt in keiner

Weise die in das Gesetz gesetzten Erwartungen.“

„Wir bemängeln insbesondere, dass es für Menschen mit schweren Behinderungen keine Verbesserungen

bei der Pflege in Einrichtungen und bei der Teilhabe im Arbeitsleben gibt“, ergänzt Holger Stolz, Geschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen.

Mit der Hannoverschen Erklärung unterstützen die Verbände und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung die sechs Kernforderungen des Deutschen Behindertenrats, denen sich bereits ein breites verbandliches Bündnis angeschlossen hat.

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Lesen Sie im Folgenden die Hannoversche Erklärung im Wortlaut.

Hannoversche Erklärung zum Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen

Verabschiedet am 13. Juni 2016 von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung „Bundesteilhabegesetz – Hat sich der lange Anlauf gelohnt?“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und des Lebenshilfe Landesverbands Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., der Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. und die anderen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen setzen mit dieser Erklärung ein Zeichen gegen den vorliegenden Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz.

Wir sind enttäuscht von dem Gesetzestext, der den großen Erwartungen und den berechtigten Wünschen der Menschen mit Behinderung in Deutschland

Nachgefragt bei Betroffenen: Was sagen Sie zum Entwurf des Bundesteilhabegesetzes?

„Ich bin entsetzt darüber, dass der angekündigte Perspektivwechsel – raus aus der Fürsorge, hin zu echter Teilhabe behinderter Menschen – nicht mal ansatzweise gelungen ist. Im Gegenteil wird es Menschen mit Behinderungen durch unterschiedlichste Hürden noch schwerer gemacht, wirkliche Nachteilsausgleiche zu erhalten. Für viele blinde und sehbehinderte Menschen heißt das konkret, dass sie auf wesentliche Leistungen zukünftig keinen Anspruch mehr haben. So können zum Beispiel sehbehinderte Schüler keine Hilfen mehr erwarten, wenn sie inklusiv beschult werden.“

*Gerd Schwesig
Seit seinem 14. Lebensjahr blind*

„Im Bundesteilhabegesetz sind für mich noch viele Fragen offen, die Definitionen sind oft nicht klar ausgedrückt. Sind meine Rechte beziehungsweise Ansprüche zukünftig vom guten Willen eines Sachbearbeiters abhängig?“

*Kathi Ender
gehörlos
Beauftragte für Gebärdensprache und Gehörlosenkultur Heilpädagogische Hilfe Osnabrück gGmbH*

„Ich habe gehofft, dass das neue Gesetz Menschen mit Beeinträchtigung deutlich mehr Teilhabe im alltäglichen Leben ermöglicht. Jetzt

sieht es nach einem Kostensparplan aus. Wenn zum Beispiel die Kollegen mit hohem Unterstützungsbedarf weiterhin von der beruflichen Bildung ausgeschlossen sind. Das ist keine Inklusion. Oder wenn unser Werkstattbereich zwei Null-Runden verkraften soll – bedeutet das dann weniger Förderung und weniger Assistenzleistungen? Und dies in einer Phase, in der doch so viele Mitarbeiter sehr motiviert versuchen möchten, Menschen mit Beeinträchtigung neue Wege zu eröffnen.“

*Dirk Michalek
Werkstattrat und Vorstandsmitglied Lebenshilfe Braunschweig, Vorstandsmitglied im Behindertenbeirat der Stadt Braunschweig*

„Ich bin der Auffassung, dass Menschen mit Behinderung durch dieses Bundesteilhabegesetz so gut wie keine Verbesserungen erfahren werden. Das Gesetz enttäuscht auf der ganzen Linie. Wir hatten uns ein Gesetz erhofft, das die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung gewährleistet. Bei dem vorliegenden Entwurf muss man schon sehr genau hinschauen, um überhaupt positive Veränderungen zu finden.“

*Klaus Dickneite
1. Vorsitzender Verein für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Hannover e.V.*

in keiner Weise gerecht wird.

SPD und CDU/CSU haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, SGB IX und SGB XII grundlegend zu reformieren. Das weckte Hoffnungen bei den Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen darauf, dass Deutschland sich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein Stück weiter annähern würde. Aber diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Im Gegenteil – der Referentenentwurf verschlechtert in vielen Bereichen sogar den nicht zufriedenstellenden Status quo.

Besonders fatal ist dabei, dass Menschen mit schweren Beeinträchtigungen zum Beispiel bei der Pflege in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder bei der Frage der Teilhabe am

Arbeitsleben auf der ganzen Linie keine Verbesserungen erfahren.

Wir unterstützen mit dieser Erklärung die sechs Kernforderungen, die der Deutsche Behindertenrat, der Paritätische Gesamtverband und die Bundesvereinigung Lebenshilfe sowie viele weitere Organisationen als Maßstab für ein gutes Bundesteilhabegesetz aufgestellt haben:

- **Wir fordern, für mehr Selbstbestimmung die Wunsch- und Wahlrechte von Menschen mit Behinderungen zu stärken und nicht einzuschränken.**
- **Wir fordern, Einkommen und Vermögen nicht mehr heranzuziehen.**
- **Wir sagen NEIN zu Leistungskürzungen und -einschränkungen.**
- **Wir fordern ein Verfahrensrecht,**

das Leistungen zügig, abgestimmt und wie aus einer Hand für Betroffene ermöglicht und nicht hinter erreichte SGB IX-Gesetzesstandards zurückfällt.

- **Wir fordern mehr Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten im Arbeitsleben.**
- **Wir fordern, Betroffenenrechte nicht indirekt, z. B. über schlechte finanzielle und vertragliche Rahmenbedingungen für Anbieter, zu beschneiden.**

Stellt man die Kernforderungen und den vorliegenden Gesetzesentwurf einander gegenüber, wird deutlich: Der Entwurf ist nicht akzeptabel.

Deshalb sagen wir in aller Deutlichkeit: So nicht! Wir brauchen ein anderes Bundesteilhabegesetz. Ein gutes.

Die unendliche Geschichte

Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention – ein zahnlöser Tiger?

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen trat am 03.05.2008 in Kraft. Deutschland unterzeichnete als einer der ersten UN-Mitgliedsstaaten bereits 2007 das Übereinkommen sowie das Zusatzprotokoll und ratifizierte die UN-Behindertenrechtskonvention am 24.02.2009. Am 26.03.2009 trat das Übereinkommen in Deutschland in Kraft.

Um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, soll es auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene Aktionspläne geben. Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2010 als erstes Bundesland einen Aktionsplan erstellt. Sechs Jahre später gibt es ihn in Niedersachsen immer noch nicht. Doch das soll sich nun ändern.

Der Aufschrei war groß, als der Niedersächsische Aktionsplan im Jahr 2012 vorgelegt wurde. Geschrieben im Ministerium ohne Beteiligung von Menschen aus dem Bereich der Behindertenhilfe – zudem nicht in leichter Sprache und mit nur wenig erkennbaren Maßnahmen. Nach heftiger Kritik wurde die Übersetzung nachgeholt, und die Anhörung fand in barrierefreien Räumlichkeiten (was zunächst auch nicht geplant war) im Dezember 2012 statt. Doch nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen im Januar 2013 verschwand der Aktionsplan in den Schubladen des Sozialministeriums. Stattdessen wurde am 13.06.2013 ein neues Gremium installiert: die Fachkommission Inklusion. In ihr diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus zahlreichen Verbänden den Aktionsplan. Vom

Blinden- und Sehbehindertenverband über den DGB und Unternehmerverbände bis hin zur LAG der Werkstatträte und der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände. In sieben Unterarbeitsgruppen wurde detailliert an Schwerpunktthemen gearbeitet. Ende 2015 hat die Fachkommission Inklusion das Ergebnis verabschiedet und der Sozialministerin übergeben. Dabei ist es schon sehr erstaunlich, dass, obwohl so viele verschiedene Verbandsvertreterinnen und -vertreter am Tisch saßen, konkrete Vorschläge mit Zeithorizont für alle Themenbereiche erarbeitet und abgestimmt wurden. Dieser Prozess ist daher ein großer Erfolg.

Doch wie geht es nun weiter? Nach dem Beschluss in der Fachkommission Inklusion ist zunächst Ruhe ein-

gekehrt. Angekündigt war, dass eine Abstimmung in den Ministerien und die Übersetzung in leichte Sprache erfolgen sollen. In der Zwischenzeit hat sich innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) eine Arbeitsgruppe auf den Weg gemacht, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Das Besondere: Erstmals sind es auch Menschen mit Behinderung aus fünf Verbänden, die dies gemeinsam für die LAG FW machen.

Während des Fußball-EM-Spiels Deutschland : Nord-Irland am 21.06.2016 ging für die Mitglieder der Fachkommission Inklusion eine E-Mail ein. Darin wurden sie offiziell über das weitere Verfahren informiert: Der Maßnahmenkatalog des Aktionsplans wird nur in Zwei-Jahres-Tranchen umgesetzt. Das heißt, dass einzelne Maßnahmen benannt

werden, die zunächst für die Jahre 2017/18 umgesetzt werden sollen. Das Interessante dabei ist, dass nicht die Fachkommission Inklusion oder ein anderes Gremium mit Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden darüber entscheiden, was die wichtigsten Maßnahmen sind, sondern die Ministerien sollen das machen. Auch im weiteren Verfahren haben Menschen mit Behinderung und ihre Verbände nur noch beratende Funktion. Für uns ist hier ganz klar notwendig, dass Menschen mit Behinderung und ihre Verbände an den Tisch gehören, wo Entscheidungen gefällt werden.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen steht auf der Seite 27 als Ziel: „unter der Federführung des Sozialministeriums eine Fachkommission mit den Betroffenen und Verbänden einrichten,

um den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention unverzüglich zu überarbeiten“. Dies ist (wenn auch nicht ganz so unverzüglich) passiert. Bleibt nur zu hoffen, dass man damals nicht schon auf die Formulierung „und diese umsetzen“ bewusst verzichtet hat, denn mit diesem Verfahren werden den konkreten Maßnahmen aus dem Aktionsplan die Zähne gezogen. Vom konkreten Papier mit den Maßnahmen, die Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden wichtig sind, hin zum zahnlosen Tiger. Das wäre ein harter Schlag für die Menschen mit Behinderung in Niedersachsen und alle die, die an den Papieren mitgearbeitet haben, und nicht akzeptabel.

*Frank Steinsiek
Fachberater
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen*

Hilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen

Tagung des Paritätischen und der Lebenshilfe zu den aktuellen Herausforderungen

Hunderttausende Flüchtlinge sind in den vergangenen Monaten nach Deutschland, nach Niedersachsen gekommen. In Flüchtlingsheimen und Notunterkünften treffen Helferinnen und Helfer immer wieder auch auf Menschen mit Behinderung – auf Kinder mit angeborenen Beeinträchtigungen, auf Kriegsversehrte, auf schwer Traumatisierte. Wie kann es gelingen, diesen Menschen zu helfen und unser System der Behindertenhilfe für sie zu öffnen? Darüber sprachen am Freitag, 22.04.2016, im hannoverschen Stadtteilzentrum KroKuS mehr als 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einer von der Glücksspirale geförderten gemeinsamen Fachtagung den Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und des Lebenshilfe

Landesverbands Niedersachsen e.V. Die Tagung mit dem Titel „Aktuelle Herausforderungen für Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie durch den Zuzug von Flüchtlingen“ lieferte einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen, über die aktuelle Situation von behinderten Flüchtlingen, über bereits bestehende praktische Ansätze sowie über die Perspektiven.

In ihrem Grußwort betonte Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, dass mit der Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen auch viele Fragen verbunden sind: „Die Flüchtlinge kennen unser Land nicht, unsere Behörden nicht, unsere sozialen und medizinischen Einrichtungen nicht. Was ist

Eingliederungshilfe? Wie kann ich die beantragen? Was geschieht in den Werkstätten?“ Es gelte also, aktiv auf betroffene Migranten zuzugehen. Holger Stolz, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen, appellierte angesichts der aktuellen Erfolge von Rechtspopulisten in ganz Europa an die Anwesenden, allen ausländerfeindlichen Strömungen in unserem Lande zu begegnen. Holger Stolz betonte, dass es wichtig ist, in den Mitgliedsorganisationen eine Haltung zu der Thematik zu entwickeln und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Hilfestellung zu bieten.

Rechtsanwältin Jana Franke aus Hamburg führte das Publikum anschließend in die rechtlichen Grundlagen

rund um Aufenthaltsstatus und Sozialleistungssystem ein. Dabei skizzierte sie zunächst anschaulich den Weg von der Einreise zur Asylenerkennung und den damit potenziell verbundenen unterschiedlichen Möglichkeiten des Aufenthaltsstatus (z. B. Aufenthaltsge-stattung, Aufenthaltsrecht, Duldung) und den verschiedenen Möglichkeiten der Anerkennung von Asyl (z. B. über Grundgesetz, Genfer Flüchtlingskonvention, Aufenthaltsgesetz). Je nach Aufenthaltsstatus haben Flüchtlinge auch einen unterschiedlichen Zugang und Anspruch auf Leistungen des Sozialleistungssystems – wegen der komplexen Rechtslage sind pauschale Aussagen kaum möglich, jeder Einzelfall ist sorgfältig zu prüfen. Abschließend ging die Juristin noch auf die EU-Aufnahmerichtlinie ein, mit der die Mitgliedsländer verpflichtet werden, bei der Erstaufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen die speziellen Bedürfnisse besonders Schutzbedürftiger, also auch behinderter und traumatisierter Flüchtlinge, zu identifizieren und durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

Im Anschluss daran schilderte Dr. Susanne Schwalgin, Referentin der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., die Zugangsbarrieren, die eine angemessene Unterstützung und Teilhabe von behinderten Flüchtlingen an den vorhandenen Hilfsstrukturen verhindern. Dazu gehört z.B., dass viele Erstaufnahmeeinrichtungen nicht barrierefrei sind, dass die Feststellung etlicher Formen der Behinderung nicht zwingend Bestandteil der Erstuntersuchungen sind und dass bei der Verteilung auf die Kommunen eine Behinderung oft nicht berücksichtigt wird. Und nicht zuletzt, dass das Asylbewerberleistungsgesetz mögliche Leistungen für behinderte Flüchtlinge nach wie vor stark einschränkt. Susanne Schwalgin



In ihrem Grußwort betonte Birgit Eckhardt, Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., dass mit der Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen auch viele Fragen verbunden sind.

betonte, dass sich die Behindertenhilfe für die neue Klientel mehr öffnen müsse. Auch ein besserer Zugang zu Dolmetschern, die Entwicklung von Netzwerken zwischen Flüchtlingsberatung und Behindertenhilfeeinrichtungen und vor allem auch die Sensibilisierung der Kostenträger für verbindliche Absprachen bei der Leistungsbewilligung zählen zu den künftigen Herausforderungen.

Nach der Mittagspause berichteten Susanne Voß und Lena Mittendorf von der Lebenshilfe Ost-Holstein e.V. über ihre praktische Arbeit vor Ort. Die Lebenshilfe Ost-Holstein e.V. in Bad Schwartau hat gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund Ost-Holstein ein Projekt zur Koordination der Hilfen für Flüchtlinge auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Programmatik einer inklusiven Gesellschaft mit Leben zu füllen und alle Menschen – ob mit oder ohne Handicap, ob mit oder ohne Migrationshintergrund – ohne Barrieren am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Die Übernahme der Flüchtlingshilfe durch eine in der Behindertenhilfe etablierte Organisation wie die Lebenshilfe bringt dabei auch entscheidende Kompetenzen und Synergien mit in das Projekt ein, die woanders zum Teil erst mühsam aufgebaut wer-

den müssen. Dazu gehören z.B. die Erfahrungen im Umgang mit leichter Sprache, mit diversitätsbewussten pädagogischen Angeboten, mit Kommunikationsbarrieren und mit der Frage nach passgenauen, einzelfallbezogenen Hilfen.

Als letzte Rednerin der Fachtagung schilderte Frauke Baller vom Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. die vorhandenen Hilfen im Bereich der psychiatrischen Versorgung und des traumasensiblen Arbeitens mit Flüchtlingen. Dabei ging sie sowohl auf die Entstehung traumatischer Erlebnisse und psychischer Erkrankungen ein als auch auf Diagnostik und Behandlung von Flüchtlingen sowie auf das wichtige Thema des Selbstschutzes. Insbesondere ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingssozialarbeit seien häufig von ihrer Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen überfordert und brauchen Unterstützung – das Publikum murmelte zustimmend. Wichtig in dem Zusammenhang sei auch, dass neben einer professionell geführten Psychotherapie – oder auch Kunst-, Musik- oder Ergotherapie – auch andere Faktoren den Betroffenen Sicherheit geben können. Dazu gehören Klarheit in den Strukturen, Kontinuität im Alltag und bei den

Bezugspersonen, soziale Kontakte, die Bewältigung von verschiedenen Aufgaben und nicht zuletzt auch Perspektiven für die Zukunft! Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. steht auch als

Anlaufstelle für Fragen von Mitgliedsorganisationen zur Verfügung.

Eine Dokumentation der Fachtagung mit Informationen zu den verschiedenen Vorträgen zum Download finden Sie auf: www.paritaetischer.de.

Regina Krome

Referentin Migration

Florian König

Fachberater Behindertenhilfe

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e.V.

Sehbehindert, traumatisiert und sprachlos

Das Landesbildungszentrum für Blinde hilft sehgeschädigten Flüchtlingskindern

Die Flüchtlingskinder, die im Landesbildungszentrum für Blinde (LBZB) in Hannover beschult werden, haben eine ganz spezielle Historie. Sie sind aus ihrer Heimat geflüchtet, meist unter widrigen, gefährlichen Umständen. Viele sind traumatisiert. In Deutschland ist für sie alles neu und anders: Die Kultur, die Umgebung und die Sprache. Doch wie verarbeitet man diese Erfahrungen, wie lernt man eine neue Sprache und Kultur kennen, wenn man nicht nur unter Angst und Trauma leidet, sondern auch von Blindheit oder einer Sehbehinderung betroffen ist?

Das LBZB ist für die Beratung, Bildung, Ausbildung und Rehabilitation blinder und sehbehinderter Menschen zuständig und somit eine wichtige Anlaufstation für die Belange sehgeschädigter Flüchtlingskinder. Auch Kinder und Jugendliche aus anderen Ländern, die die deutsche Sprache erst noch erlernen mussten, wurden im LBZB bereits erfolgreich betreut und ausgebildet: Zu Beginn des Jahrtausends sammelte die Einrichtung Erfahrungen mit SchülerInnen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken. Doch die eigene Vorerfahrung ist nur bis zu einem gewissen Punkt hilfreich. „Die sehbehinderten Flüchtlinge, die heute zu uns kommen, stellen eine ganz neue Herausforderung dar“, sagt der stellvertretende Schulleiter Martin Baaske.

Die sehgeschädigten Kinder aus Osteuropa, die Anfang des Jahrtausends im LBZB erfolgreich beschult wurden, wohnten im Internat auf dem



Der elfjährige Obada im Mathematikunterricht.

Gelände, kamen aus einem europäischen Kulturkreis und waren mit schulischen Ritualen vertraut. Die Kinder, die in den letzten Monaten vornehmlich aus Syrien, dem Iran, dem Irak und Afghanistan nach Hannover kamen, bringen ganz andere Voraussetzungen mit, wie Martin Baaske schildert: „Sie stammen aus einem ganz anderen Kulturkreis, sprechen keine europäische Sprache, sind vielfach traumatisiert.“ Hinzu kommt eine gewisse Skepsis der Institution gegenüber. So reagieren die Familien der betroffenen Kinder, die

in den Flüchtlingsunterkünften über die kostenlose Angebote des LBZB informiert und angehalten werden, diese auch zu nutzen, zunächst oft zurückhaltend darauf. Der Grund hierfür sei meist Unwissenheit. „Behindertenhilfe ist nicht in allen Ländern so verbreitet und selbstverständlich wie bei uns“, sagt der stellvertretende Schulleiter. Oft sei die Skepsis so groß, dass die Kinder zwar zur Schule gehen, nicht aber im Internat auf dem Einrichtungsgelände wohnen sollen – ein Umstand, der die Umsetzung des ganzheitlichen Konzepts des Hauses erschwert. Aber die MitarbeiterInnen des LBZB wissen sich mit ihrem ganz eigenen Konzept zu helfen.

„Wir beschulen momentan zehn sehgeschädigte Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien im Alter von sechs bis 18 Jahren“, berichtet Maria Grodzki, Gesamtverantwortliche des Landesbildungszentrums für Blinde. Die Einrichtung einer speziellen Sprachlernklasse, wie es an Regelschulen üblich ist, kam für die Einrichtung nicht infrage, zu groß ist der Altersunterschied, zu unterschiedlich der allgemeine Wissensstand der zehn Kinder. Die SchülerInnen werden stattdessen nahtlos in das bestehende System integriert und der Lerngruppe zugewiesen, die ihrem Entwicklungsstand am ehesten entspricht. Im Mittelpunkt steht hierbei

zunächst das Vermitteln der Sprache über Kommunikation. „Da sind wir gut aufgestellt. Wir haben kleine Lerngruppen und gut ausgebildetes und motiviertes Personal, sodass wir die Sprachkompetenz und das soziale Miteinander dieser Kinder und Jugendlichen in kürzester Zeit entwickeln und verbessern konnten“, berichtet Martin Baaske und erzählt voller Freude von dem elfjährigen Obada, der im letzten Sommer ins LBZB kam und inzwischen fast fließend Deutsch spricht.

Darüber hinaus erhalten die Kinder ein Mobilitätstraining, lernen geeignete Hilfsmittel kennen und werden in lebenspraktischen Fertigkeiten unterrichtet, um eine größtmögliche Selbstständigkeit zu entwickeln. Doch das Konzept des LBZB sieht noch eine andere Komponente vor, die über die schulischen Maßnahmen hinaus geht und von den MitarbeiterInnen in ehrenamtlicher Mehrarbeit geleistet wird: Die gezielte Einbeziehung der gesamten Flüchtlingsfamilie

als Beitrag zu gelingender Integration. „Wir helfen bei Fragen des alltäglichen Lebens, erklären kulturelle Gegebenheiten und geschichtliche Hintergründe und fördern soziale Kontakte und den Austausch mit anderen Familien“, sagt Martin Baaske. Bislang ist das noch recht neue Konzept gut angelaufen und wird gerne von den Familien der betroffenen Flüchtlingsfamilien genutzt, sodass Einrichtungsleiterin Maria Grodzki schon über mögliche Erweiterungen des Programms nachdenkt, mit denen beispielweise die Vorbehalte in Sachen Internat abgebaut werden könnten: „Möglich wäre eine Art ‚Rooming In‘, bei dem die ganze Familie für eine gewisse Zeit bei uns wohnt.“ Weitere Förderbedarfe werden erkannt und nach und nach abgearbeitet. Dabei setzt das LBZB auch verstärkt auf Kooperationen mit anderen Einrichtungen, so findet beispielsweise stets ein enger Austausch mit der paritätischen Mitgliedsorganisation Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. statt.

Der Erwerb der Schriftsprache steht im Konzept des LBZB erst an zweiter Stelle, nach der Kommunikation. „Das Vermitteln der Orthografie braucht immer etwas länger und klappt besser, wenn die Sprachkenntnisse gefestigt sind“, sagt Martin Baaske. Immerhin stellt das Schriftsystem hier kein zusätzliches Hindernis dar, denn die Brailleschrift ist international verbreitet. Zwar gibt es gewisse Unterschiede bei Buchstaben oder Lauten, die nur in einer bestimmten Sprache vorkommen oder gar nicht vorhanden sind – so gibt es beispielsweise im Russischen kein „q“, das entsprechende Punktsymbol ist mit einem anderen Laut besetzt. Grundsätzlich aber sind die sechs Punkte, auf denen das Braillesystem basiert, universal. Und nicht nur die Zeichen, auch die Lesart ist immer gleich: von links nach rechts.

Anika Falke
 Referentin für Presse und
 Öffentlichkeitsarbeit
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Sportliche Wettkämpfe und Inklusion auf allen Ebenen

Special Olympics 2016: Mit Hannover neue Maßstäbe für Nationale Spiele gesetzt

Mit einer großen Abschlussfeier sind am 10.06.2016 die Special Olympics Hannover 2016 zu Ende gehen. Die Veranstalter und Ausrichterstadt zogen eine überaus positive Bilanz der Nationalen Spiele für Menschen mit geistiger Behinderung.

Vom 06.06. bis 10.06. hatten 4.800 Athletinnen und Athleten, unter ihnen auch 351 Unified Partner ohne Behinderung, unter dem Motto „Gemeinsam stark“ in 18 Sportarten und dem Wettbewerbsfreien Angebot ihr Bestes gegeben und Besucher, Gäste und die Öffentlichkeit



Andreas Kirchner
 (blau/Bodelschwing-
 Hof Mechterstädt
 e.V.) und Christian
 Babion (rot/Tornados
 Durlach) kämpfen
 um den Ball.

(Foto: SOD/
 Stefan Holtzem)

mit ihren sportlichen Leistungen und ihrer Lebensfreude begeistert.

„Ich blicke mit einem Glücksgefühl auf die vergangenen Tage zurück! Es hat

alles gepasst, die Gastgeberstadt, die Organisation, das Klima unter den Athleten, das Wetter... Man kann sagen, dass diese Nationalen Spiele mit ihrer inklusiven Ausrichtung und durch die große öffentliche Wahrnehmung neue Maßstäbe gesetzt haben“, resümierte Dr. Bernhard Conrads, Erster Vizepräsident von Special Olympics Deutschland e.V. (SOD). Hannovers Oberbürgermeister Stefan Schostok hat vor allem der Enthusiasmus rund um die Special Olympics Hannover 2016 beeindruckt: „Special Olympics Hannover 2016 hat viele Menschen angezogen und begeistert. Die vielen Helferinnen und Helfer haben eine tolle Arbeit geleistet und zudem noch viele neue Erfahrungen gesammelt. Für Hannover war dies auch ein erfolgreicher Praxistest, sowohl als Sportstadt als auch auf dem Weg zur inklusiven Stadt.“

Insgesamt waren mit Familienangehörigen, Trainern und Betreuern, den mehr als 2.200 freiwilligen Helferinnen und Helfern, den Kampf- und Schiedsrichtern und Aktiven beim Wettbewerbsfreien Angebot ca. 14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die sportliche Großveranstaltung involviert. In der Veranstaltungswoche kamen 25.000 Besucher zu den 20 Sportstätten und feierten gemeinsam mit den Athletinnen und Athleten die Special Olympics Hannover 2016. Kerstin Tack MdB, Präsidentin des Organisationskomitees und SOD-Vizepräsidentin: „Unsere Bilanz fällt ausgesprochen positiv aus. 5.600 Gold-, Silber- und Bronzemedailles sowie 10.250 Platzierungs- und Teilnehmerschleifen stehen für sportliche Leistungen und Freude über das Dabeisein. Das Wettbewerbsfreie Angebot, die Kulturprogramme, die sehr erfolgreichen inklusiven Projekte und die Angebote in Olympic Town

Schön war's! Paritätischer Niedersachsen zu Gast in der Olympic Town

Vier Tage lang hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V., Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. und SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. bei den Special Olympics präsentiert. An dem Gemeinschaftsstand in der Olympic Town direkt vor der HDI-Arena konnten Besucherinnen und Besucher viel über die Arbeit der Verbände erfahren. Gesprächsthema Nummer eins war der unbefriedigende Entwurf für das Bundesteilhabegesetz. Dutzende Gäste informierten sich beim Standpersonal über die Schwachpunkte des Gesetzentwurfs und füllten Protest-Postkarten aus.

Ansonsten standen Spiel und Spaß im Vordergrund: Die Standbesucherinnen und -besucher konnten sich am Showdon probieren, einer Mischung aus Tischtennis und Airhockey für blinde Menschen. Die Platte war ständig von Neugierigen umlagert. Kinder konnten Windräder basteln, als kleine Stärkung verteilte das Standpersonal Traubenzucker. Dank großer Beachflags war der Gemeinschaftsstand nicht zu übersehen, die Resonanz auf

haben die sportlichen Wettbewerbe ergänzt.“

Die Nationalen Spiele 2016 wurden auch durch inklusive Projekte geprägt, die in Hannover Premiere hatten. So das Tandem-Projekt, bei dem Helfer mit und ohne geistige Behinderung zu-



Mit guter Laune gegen schlechte Gesetze: Stefanie Magalowski (von links) und Birgit Eckhardt vom Paritätischen Niedersachsen, Henrike Hillmer von der SoVD-Jugend, Jochen Bartling vom BVN und Ivonne Timme von der Lebenshilfe Niedersachsen bei den Special Olympics.

das Angebot war durchweg positiv, und die Kolleginnen und Kollegen am Stand freuten sich über viele angenehme Gespräche mit Menschen mit und ohne Behinderung. Eine runde Sache, diese Special Olympics!

Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

sammenarbeiten. 60 solcher Teams erledigten in den Bereichen Catering, Siegerehrung, Information, im Pressezentrum oder als Sportartenhelfer im Wettbewerbsfreien Angebot die übertragenen Aufgabe gemeinsam. Ebenfalls sehr erfolgreich startete das Projekt „Inklusive Redaktion“, eine

gemeinsame Initiative von SOD und der paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH. Mit mehreren Partnern erfolgte eine gemeinsame Berichterstattung von Menschen mit und ohne geistige Behinderung. Auch inklusive Tandems bloggen auf mehreren Kanälen von

den Special Olympics Hannover 2016.

Special Olympics ist mehr als Sport – das war auch bei den Nationalen Spielen in Hannover wieder zu sehen. Das erfolgreiche Healthy Athletes® Gesundheitsprogramm, der Familienempfang im Erlebnis Zoo Hannover,

die große Eröffnungsfeier, ein umfangreiches kulturelles Programm in Olympic Town und die bevorstehende Abschlussfeier mit anschließender Athletendisco ergänzten die sportlichen Wettbewerbe.

Special Olympics Deutschland e.V.

Jede*r ist ein Inklusionsfall

Mehr als 100 Fachleute sprechen über gleiche Chancen für alle Kinder

100 Fachleute aus Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. haben am 16.06.2016 in Hannover bei einer von der Glücksspirale geförderten Fachtagung über Inklusion in der Arbeit mit Kindern diskutiert. Bewusst haben sie sich dabei auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs Inklusion in der Soziologie besonnen: Jeder Mensch ist anders, also ist „Jede*r ist ein Inklusionsfall“.



Entspannt, aber engagiert: In verschiedenen Workshops diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung über Möglichkeiten und Grenzen der Inklusion. Foto: Daniela Langewitz

In Kindertagesstätten werden Kinder mit unterschiedlichsten individuellen Merkmalen betreut. Die Kinder kommen aus Familien mit vielfältigen Hintergründen nicht nur ethnischer und kultureller Art. Die Betreuungsteams sind ebenso bunt, jede Fachkraft bringt individuelle Möglichkeiten und Grenzen mit. Inklusion in Kindertagesstätten muss diese Vielschichtigkeit berücksichtigen. Neben strukturellen Fragen (z. B. Personal- und Raumausstattung) gilt es auch, Werte und Haltungen zu diskutieren und neue Ideen zu entwickeln. Der Fachtag ging diesen Aspekten der persönlichen Einstellung in Referaten und Workshops nach und stellte auch die Frage, ob es Grenzen inklusiver Arbeit gibt. Die dringend nötigen Erneuerungen der politischen Rahmenbedingungen – die Landesregierung hat die versprochene Novellierung des Kita-Gesetzes auf die lange

Bank geschoben – sollen an anderer Stelle diskutiert werden. Hier war das Motto: Inklusion beginnt im Kopf.

Birgit Eckhardt, Landesvorsitzende des Paritätischen, betonte, für die Arbeit des Verbandes gelte nicht nur der Titel der Tagung als Arbeitsgrundlage. „In unserer Gesellschaft sollte eine Haltung selbstverständlich sein, dass jede und jeder alle Chancen hat.“ Dr. Dursun Tan, bei der Niedersächsischen Staatskanzlei für Grundsatzfragen zu Migration und Teilhabe zuständig, brachte das Thema auf den Punkt: „Wer nicht ausgegrenzt wird, muss sich auch nicht mehr integrieren.“ Vielfalt ist Alltag, darauf müssen schon Kindertagesstätten in ihrer Arbeit eingehen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen in fünf Workshops verschiedenen Fragestellungen zum Thema nach. So sprach eine Gruppe über die eigenen Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit Vielfalt, eine andere suchte nach konkreten Möglichkeiten, die vielfältigen Familienhintergründe der Kinder in den Kita-Alltag einzubinden und ihn so zu bereichern. Immer zeigte sich, welche Herausforderung es ist, Vielfalt und Unterschiede nicht unter den Teppich zu kehren, aber gleichzeitig im Kita-Alltag Gemeinsamkeiten zu betonen.

Dr. Christian Kemper, Coach für Organisationsentwicklung vom Inbetweener-Institut Bonn, fragte am Nachmittag, welche Haltung eigentlich

Erzieherinnen und Erzieher für die inklusive Arbeit brauchen. „Haltung schöpft sich immer aus eigenen Erfahrungen“, gab er zu bedenken. Deshalb sei stetige Selbstreflexion wichtig. Und: „Sprechen Sie mit Menschen, nicht über sie.“ Damit sei ein guter Grundstein für Inklusion gelegt. Eltje Jahnke, Sprecherin des Fachbereichs Tageseinrichtungen für Kinder beim Paritätischen, griff Kempers Vortrag auf und sagte: „Haltung resultiert aus Erfahrungen, also müssen wir immer wieder positive neue Erfahrungen er-

möglichen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben bei dieser Fachtagung bestätigt, dass sie in ihren Einrichtungen versuchen, inklusiv zu arbeiten. Darauf lässt sich aufbauen. Bei alledem sollten wir immer gelassen mit uns selbst umgehen, denn wir sind alle nur Menschen.“

Klaus-Dieter Fortmeyer, Fachberater des Paritätischen in dem Fachbereich, war zufrieden: „Mehr als 100 Fachkräfte aus den Kitas des Paritätischen haben ihre Einstellung

und Haltung weiterentwickelt, um in ihrem Wirkungskreis Inklusion zu ermöglichen. Dabei haben sie für einen Tag bewusst die politische Ebene und die Dringlichkeit notwendiger Strukturveränderungen ausgeblendet. Wir werden uns weiter für ein inklusives Kindertagesstättengesetz einsetzen.“

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Handelsumsätze und Dienstleistungen werden anerkannt

Ermäßigter Umsatzsteuersatz in Werkstätten für behinderte Menschen

Eine zwei Jahre lang andauernde Auseinandersetzung zur Umsatzbesteuerung von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in Niedersachsen ist vorerst beendet. Das Bundesfinanzministerium hat mit einer klarstellenden Verwaltungsanweisung vom 25.04.2016 an die Obersten Finanzbehörden der Länder deutlich gemacht, dass auch in WfbM getätigte Handelsumsätze und Dienstleistungsangebote wie zum Beispiel Garten- und Außenanlagepflege sowie (Lebensmittel-)Märkte und Gastronomiebetriebe dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen.

Die Begründung: Werkstätten haben den gesetzlichen Auftrag, ein möglichst breites Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung zur Verfügung zu stellen. Damit tragen sie der Art und Schwere der Behinderung, der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit und den Entwicklungsmöglichkeiten sowie Eignung und Neigung der Menschen mit Behinderung Rechnung. Die Arbeitsplätze sollen dabei in ihrer Ausstattung so weit wie möglich denjenigen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ent-

sprechen. Als Nachteilsausgleich für die eingeschränkte Leistungsfähigkeit und den hohen Unterstützungsaufwand unterliegen die WfbM einem ermäßigten Umsatzsteuersatz.

Werkstätten haben auch in Niedersachsen schon seit etlichen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen und entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag Angebote u.a. auch im Dienstleistungsbereich aufgebaut. In den letzten beiden Jahren wurde allerdings der steuerliche Nachteilsausgleich in diesen Bereichen bei insgesamt 13 WfbM in Niedersachsen von den Finanzbehörden infrage gestellt bzw. völlig verwehrt. Hätte sich diese Sichtweise durchgesetzt, hätte das gravierende Folgen für das gesamte innovative Werkstätten-System in der Bundesrepublik gehabt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen (LAG:WfbM) Niedersachsen als Interessensvertretung ihrer Mitglieder hat sich seit Beginn der Problematik in ihrer politischen Arbeit gemeinsam mit den direkt betroffe-

nen WfbM-Trägern dagegen gewandt. Mit finanzieller Unterstützung der LAG:WfbM initiierte ein betroffener WfbM-Träger ein Rechtsgutachten und stellte es der gemeinsamen Sache zur Verfügung. Daneben unterstützen nicht nur die direkt betroffenen WfbM-Träger die politische Interessenarbeit der LAG:WfbM, indem sie Bundes- und Landtagsabgeordnete in ihren Wahlkreisen über die Umsatzsteuer-Problematik informierten und entsprechende Presse- und Medienarbeit leisteten. Alle Schritte erfolgten immer auch in enger Abstimmung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten (BAG:WfbM), die das Thema neben einem eigenen Rechtsgutachten auf der Bundesebene in Richtung des Bundesfinanzministeriums permanent vorantrieb.

Nach einem Anschreiben der LAG:WfbM an alle Landtagsabgeordneten und einem gleichlautenden Schreiben an den Finanzminister und die Sozialministerin in Niedersachsen führte die LAG:WfbM mit beiden Ministern gemeinsam ein Gespräch, in dem beide Minister ihre Unterstüt-

zung zur Sachklärung zusagten. Eine Pressemitteilung der LAG:WfbM zeitgleich mit dem Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. sowie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. im Frühjahr 2015 verstärkte durch eine erfreulich große Resonanz in der Medienlandschaft die Dringlichkeit des Themas, führte zu Unterrichtungen des Finanzministeriums im Finanz- sowie im Sozialausschuss des Landtags und schließlich zu einer von allen Parteien einstimmig getragenen Landtagsentscheidung.

Auf der verbandlichen Ebene wurde die Umsatzsteuerproblematik kontinuierlich begleitet vom Fachausschuss Behindertenhilfe der LAG Freie Wohlfahrtspflege Niedersachsen. Einen weiteren deutlichen Schub stellte eine Gesprächsinitiative des Vorstands der LAG Freie Wohlfahrtspflege gemeinsam mit dem damaligen LAG:WfbM-Vorsitzenden Detlef Springmann mit Ministerpräsident Stephan Weil dar. In dem daraus hervorgegangenen Gespräch der LAG:WfbM mit dem nieder-sächsischen Finanzstaatsse-

ekretär konnte zumindest für die von der Umsatzsteuerproblematik direkt betroffenen WfbM-Träger ein Weg für eine Interimslösung bis zu einer abschließenden rechtlichen Klärung gefunden werden.

„Es ist ein großartiger Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit auf Landes- wie auf Bundesebene zusammen mit den nicht nur betroffenen WfbM-Trägern und Verbänden, dass jetzt diese Klarstellung durch das Bundesfinanzministerium erfolgt ist“, freut sich zusammen mit allen WfbM-Trägern der jetzige LAG:WfbM-Vorsitzende Prof. Burghardt Zirpins. „Wir sind auch den zahlreichen Bundes- und Landtagsabgeordneten dankbar, die sich bei diesem Thema für die Werkstätten engagiert haben sowie dem niedersächsischen Sozial- als insbesondere auch dem Finanzministerium, das sich auf Bundesebene beständig für eine Klarstellung im Sinne der WfbM eingesetzt hat“, Zirpins weiter. „Wir gehen davon aus, dass damit alle offenen Fälle der betroffenen WfbM in Niedersachsen positiv abgeschlossen werden

können, auch wenn jetzt noch einzelne Umsetzungsfragen zu klären sind“.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen (LAG:WfbM) Niedersachsen ist ein Zusammenschluss und Interessensvertretung von 86 Trägern mit Einrichtungen für Berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung. Insgesamt sind in den Werkstätten der LAG:WfbM Niedersachsen mehr als 31.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Behinderung beschäftigt, darüber hinaus werden über 1900 Menschen mit schwerer Behinderung/hohem Unterstützungsbedarf in Tagesförderstätten begleitet und gefördert. Die LAG:WfbM Niedersachsen ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e.V.

*Bernhard Lengl
Geschäftsführer
Landesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen
Niedersachsen*

Neues Pflegestärkungsgesetz betrifft Menschen mit Behinderung Schnittstellen von Pflege und Teilhabe müssen klar bestimmt sein

Allein einkaufen? Für Andreas Meister* eine schier unmögliche Aufgabe. Viele Schritte, die damit verbunden sind, könnte der junge Mann kaum bewältigen – eine Folge des Autismus, der bei ihm vor vielen Jahren diagnostiziert wurde. Andreas Meister braucht jemanden, der ihn unterstützt. Klarer Fall, dass ihm eine solche Begleitung zusteht. Menschen mit Behinderung haben schließlich ein Recht auf Teilhabe. Doch so wertvoll der Anspruch auf eine Alltagshilfe ist, so kompliziert kann künftig ihre Finanzierung werden. Ein Grund dafür liegt ausgerechnet im

zweiten Pflegestärkungsgesetz. Weil neben körperlichen auch psychische und geistige Einschränkungen erfasst werden, um das Ausmaß von Pflegebedürftigkeit zu bestimmen, hat es für Menschen mit Behinderung erhebliche Folgen: Viele von ihnen könnten erstmals, andere mehr Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Laurenz Aselmeier, Bereichsleiter Wohnen bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH, will deshalb zunächst die positiven Aspekte der Reform schildern. „Für Menschen

mit Behinderung, die höhere Bedarfe haben, erweitern sich insgesamt die Möglichkeiten, wie sie Wohnen, Begleitung und Pflege selbstbestimmt arrangieren können“, sagt er.

Rahmenbedingungen für Wohngemeinschaften verbessert
Mit den neuen Rahmenbedingungen ließen sich etwa viel leichter Wohngemeinschaften gründen, ähnlich der, in der Andreas Meister mit vier weiteren jungen Männern lebt und die von der Lebenshilfe Braunschweig betreut wird. Indem sie die Mittel der Eingliede-

rungshilfe und der Pflegeversicherung, die ihnen aufgrund ihrer Pflegestufe zustehen, kombinieren, können sie die Hilfen finanzieren, die sie tatsächlich brauchen (siehe hierzu auch den Bericht über die Wohngemeinschaft auf Seite 22 dieser Ausgabe). Überhaupt, sagt Laurenz Aselmeier, könnte das neue Gesetz die Optionen derjenigen Menschen mit Behinderung mehren, die außerhalb von Wohnstätten le-



Jolanta Lakota informiert einen jungen Bewohner einer neu gegründeten Wohngemeinschaft über die richtige Zahn- und Mundpflege.

Foto: Lebenshilfe Braunschweig

ben wollen. Wem die Eingliederungshilfe für das Wohnen zu Hause nicht reicht, der muss nicht gleich in eine Wohnstätte, es gibt noch die Option, im eigenen Zuhause Pflegeleistungen zu beanspruchen und zusätzlich ambulante Betreuung zu nutzen. Auch mit anderen Neuerungen unterstützt das zweite Pflegestärkungsgesetz selbstbestimmtes Wohnen. So werden die Leistungsberechtigten ambulant eine Haushaltshilfe in Anspruch nehmen können. Oder sie erhalten mehr Geld für niedrigschwellige Betreuungsleistungen. Statt 104 sollen es im Monat 125 Euro werden, die sich einsetzen lassen, etwa um eine Begleitung ins

Kino oder zum Einkaufengehen zu bezahlen.

Schwierige Unterscheidung

Das ist der Punkt, an dem Laurenz Aselmeier beginnt, das neue Gesetz skeptisch zu betrachten. Wenn Andreas Meister beim Besuch des Supermarkts unterstützt wird, ist das im Sinne der Teilhabe und damit eine Leistung der Eingliederungshilfe. Doch ebenso gut könnte dies eine Betreuungsleistung nach dem zweiten Pflegestärkungsgesetz sein. Getreu des teilhabeorientierteren Ansatzes von Pflege, den das neue Gesetz verfolgt, soll es die Selbstständigkeit der betroffenen Menschen stärken oder erhalten. „Es wird nicht trennscharf unterschieden, was eine pflegerische Maßnahme ist und was zur Eingliederungshilfe gehört“, befürchtet Laurenz Aselmeier. Diese Offenheit kann für Betroffene und Angehörige von Menschen mit Behinderung zu einem Problem werden, weil zwei Kostenträger möglich sind: Eingliederungshilfen werden, wenn die Menschen sie nicht aus eigener Tasche zahlen können, durch die Sozialhilfe finanziert, Leistungen der Pflegeversicherung dagegen übernehmen die Pflegekassen.

Gefahr der Hin- und Herschieberei

Für die Klienten in Braunschweig hegt Laurenz Aselmeier zwar wenig Befürchtungen: „Wir sind in gutem Austausch mit der Stadt, hier hat man sich Teilhabe auf die Fahnen geschrieben.“ Aber Kommunen, die finanziell klamm sind, könnten die neuen Regelungen zum Anlass nehmen zu sagen: Für Alltagshilfen sind nicht mehr wir, sondern die Pflegekassen zuständig. „Es entsteht die Gefahr, dass Betroffene hin und her geschickt werden, weil keiner die Kosten etwa für Betreuungshilfen tragen will.“ Statt der

Menschen stünden die Interessen der Kostenträger im Mittelpunkt. Zudem ist nicht sicher, ob auch künftig pädagogische Kräfte für die Förderung und Teilhabe im Rahmen der Pflegeleistung tätig werden können, was qualitative Folgen hat. Umso deutlicher appelliert Laurenz Aselmeier an die Politik, genau hinzuschauen: Wo sind die Schnittstellen von Pflege und Teilhabe – und wie kann man sie im Sinne der Betroffenen klarer bestimmen?

Verschiedene Leistungen vom selben Anbieter

„Noch wissen wir nicht genau, wie sich das Pflegestärkungsgesetz II auswirkt“, betont Laurenz Aselmeier. Aber dass pflegerische Maßnahmen wichtiger werden, ist ihm und seinem Arbeitgeber schon lange bewusst. „Damit war der Weg für uns klar“, sagt Laurenz Aselmeier: „Wir machen uns in Sachen Pflege selbst kompetent, gründen einen eigenen Pflegedienst und bieten das unseren Kunden zusätzlich an.“ Kunden wie Andreas Meister. Ein Vorteil für ihn: Er hat es nicht mit mehreren Anbietern zu tun, wenn er Leistungen für Pflege und Förderung beansprucht. Natürlich ist die Wahl der Pflegeleistung durch die Lebenshilfe freiwillig, jeder Kunde kann genauso gut einen anderen Pflegedienst beauftragen. Aber: In seiner Wohngemeinschaft steht nicht alle paar Stunden ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin eines anderen Pflegedienstes vor der Tür. Die Lebenshilfe stellt eine Pflegekraft, die regelmäßig anwesend ist. „Mit den Kollegen von der Eingliederungshilfe können wir uns so besser abstimmen. Dadurch geht auch viel weniger Zeit verloren“, erläutert Jolanta Lakota. Die gelernte Kinderkrankenschwester personifiziert gewissermaßen die trägerinterne Hinwendung zu Pflegeleistungen. Seit 15 Jahren für die Lebenshilfe Braun-

schweig tätig, hatte sie selbst Interesse, sich weiterzuentwickeln, qualifizierte sich zur Pflegedienstleitung und organisierte alles, was für die Zulassung des Pflegedienstes erforderlich ist, vom Aufbau eines Qualitätsmanagements bis zur Einstellung von Fachkräften. 2015 kam die Genehmigung.

Mit langfristiger Personalentwicklung gegen Fachkräftemangel

„Das Problem ist nur, dass wir den Fachkräftemangel im Sozial- und

Gesundheitswesen zu spüren bekommen“, sagt Jolanta Lakota. Kein Wunder, so heiß umkämpft, wie Pflegekräfte auf dem Arbeitsmarkt derzeit sind. Daher bemüht sich der Träger, Auszubildende in der Pflege für ein Praktikum zu gewinnen und so vielleicht zu binden – eine Form langfristiger Personalentwicklung. Was immer das neue Pflegestärkungsgesetz mit sich bringen wird – für Jolanta Lakota und ihre Kollegen und Kolleginnen wird eine Herausforderung

bleiben: „Schon jetzt ist es schwierig, die Unterschiede zwischen Pflege und Förderung genau darzustellen.“ Klar, doppelt abgerechnet werden darf nicht. Umso präziser muss die Dokumentation sein. „Es wird zu unserem Alltag gehören, die Leistungen genau zu beschreiben und zu begründen.“

Bernd Schüller
Journalist

Berufliche Bildung: Qualifizierungsbausteine

Ein Beitrag zur beruflichen Inklusion

Was lernen Menschen mit Behinderungen im Berufsbildungsbereich und später im Arbeitsbereich der Werkstätten eigentlich? Machen sie eine Ausbildung? Wie werden sie qualifiziert? Kann man in der Werkstatt einen Abschluss erreichen? Bisher haben die Berufsbildungs- und Arbeitsbereiche der Werkstätten ihre TeilnehmerInnen und MitarbeiterInnen zwar stets qualifiziert, konnten hierüber aber keine anerkannten Zertifikate ausstellen. Eine schwierige Situation, wenn man sich auf dem ersten Arbeitsmarkt orientieren möchte. Schließlich wollen potenzielle ArbeitgeberInnen wissen, was die Person gelernt hat und welche Fähigkeiten mitgebracht werden. Außerdem erfüllt es doch mit Stolz, die neu erworbenen Kenntnisse bescheinigt zu wissen und etwas vorweisen zu können. Das steigert nicht nur das Selbstwertgefühl, sondern erhöht auch die Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt.

Zur Weiterentwicklung und Systematisierung der Beruflichen Bildung in Werkstätten hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für

behinderte Menschen LAG:WfbM Niedersachsen im Rahmen eines landesweiten Projektes im Jahre 2014 damit begonnen, durch die jeweiligen Kammern (Handwerks-, Landwirt-



In der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland (PLSW) steht im Bereich Hauswirtschaft unter anderem der Qualifizierungsbaustein „Gebäck herstellen, portieren und ausgeben“ bereit.

schafts- sowie Industrie- und Handelskammer) landesweit zertifizierte Qualifizierungsbausteine für den Personenkreis der Menschen mit Beeinträchtigung in Werkstätten zu erarbeiten. Die im Rahmen des Pro-

jekt es erarbeiteten Qualifizierungsbausteine wurden durch kompetente Fachkräfte aus der Praxis erstellt. Die Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH (PLSW) arbeitet seit dem Sommer 2015 in verschiedenen Bereichen mit diesen Qualifizierungsbausteinen.

Im Grunde kann verallgemeinert gesagt werden, dass eine Vollausbildung in etwa zehn bis fünfzehn Qualifizierungsbausteine zergliedert werden kann. Diese können dann zeitlich unabhängig von einer Ausbildungsdauer absolviert werden. Über die Anzahl der Qualifizierungsbausteine entscheidet die betroffene Person je nach Interesse, Ausdauer und Kompetenz selbst. Dies kann im Verlauf geschehen und steht selten gleich zu Beginn fest.

Im Praxisalltag kann das zum Beispiel so aussehen: Wenn auch nicht ganz so straff, doch ähnlich einem Stundenplan in der Schule ist der Berufsbildungsbereich durch einen Wochenplan vorstrukturiert. So sind neben den Berufsschulzeiten auch feste Qualifizierungszeiten in den un-

terschiedlichen Fachbereichen durch die jeweiligen Bildungsbegleiter festgelegt. In diesen Zeitfenstern werden Bildungsinhalte in Theorie und Praxis vermittelt. Durch eine hohe Heterogenität innerhalb der Gruppen müssen binnendifferenzierte Angebote durch entsprechende Medien und Materialien vorgehalten werden. Die Herausforderung für den/die BildungsbegleiterIn besteht darin, ein individuelles Qualifizierungsangebot für den/die Einzelne(n) zu konzipieren.

Zur Qualifizierung werden natürlich auch Arbeitsblätter und Arbeitsanweisungen mit Bildern und Texten in Leichter Sprache benötigt. Im Hauswirtschaftsbereich arbeiten wir beispielsweise mit Materialien aus dem Auer Verlag, die eine kleinschrittige Qualifizierung in Unterrichtssequenzen ermöglichen. In A5 Karteikartenformat können sich die TeilnehmerInnen möglichst selbstständig und Schritt

für Schritt die jeweilige Vorgehensweise, z.B. das Herstellen und Verarbeiten eines Mürbeteigs, erarbeiten.

Nun werden im Maßnahmeverlauf verschieden Inhalte eines spezifischen Qualifizierungsbaustein erlernt, sodass nach einem gewissen Zeitraum von beispielsweise einem dreiviertel Jahr alle Inhalte eines Bausteins bearbeitet worden sind. Übrigens, in allen Bausteinen sind folgende Inhalte obligatorisch und analog der Vollausbildung: Aufbau und Ablauf im Ausbildungsbetrieb, Arbeitssicherheit (Unfallschutz), Hygiene und Umweltschutz. Zum Ende eines Bausteins erfolgt eine Leistungsfeststellung durch ein Fachkräftegremium, bei der eine Arbeitsprobe erstellt und ein reflektierendes Fachgespräch geführt wird. Danach erfolgt dann die feierliche Übergabe des Zertifikates über den erfolgreich absolvierten Qualifizierungsbaustein.

In der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland (PLSW) stehen Qualifizierungsbausteine für die Bereiche Hauswirtschaft, Garten- und Landschaftspflege, Holz, Metall und Lager bereit. Unser erster Absolvent Bardhi Sylja hat den Qualifizierungsbaustein „Herstellen und Servieren von Speisen und Getränken“ erfolgreich durchlaufen und arbeitet heute auf einem Außenarbeitsplatz im Hotel Amtspforte in Stadthagen. Hier wird er durch das Betriebliche Integrationsmanagement der PLSW begleitet – ein gelungenes Beispiel für den Beitrag von Qualifizierungsbausteinen zur beruflichen Inklusion!

*Alexandra Thiele
Geschäftsbereichsleiterin
Bildung & Qualifizierung
Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-
Weserbergland GmbH*

„Jeder ist willkommen“: Aktiv mit Aktivissimo Das bunte Freizeitprogramm der Hannoverschen Wohnassistenz

Kurz vor fünf an einem Mittwochnachmittag in der Hildesheimer Straße 29 in Hannover. Tanja Keil setzt noch schnell frischen Kaffee auf, denn die ersten Gäste warten schon vor der Tür – heute trifft sich die wöchentliche Mittwochsgruppe. Tanja Keil ist Wohnassistentin der Hannoverschen Wohnassistenz (HWA), einem Angebot der paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH, das Menschen mit unterschiedlichsten Beeinträchtigungen dabei unterstützt, selbstständig zu leben. Wer eine eigene Wohnung hat, im Alltag aber Unterstützung benötigt, bekommt sie hier. Dazu gehören Haushaltsführung, Hilfe bei finanziellen Fragen,

Behördengängen und Antragsstellungen oder Arztbesuche. Doch die HWA bietet mit dem Freizeitprogramm Aktivissimo noch mehr: Die rund 250 AssistenznehmerInnen der HWA können über Aktivissimo an Sport, kreativen und Unterhaltungsangeboten wie der Mittwochsgruppe teilnehmen.

Die Tür geht auf und die ersten Teilnehmer drängen herein. Zehn Männer und Frauen im Alter von 30 bis Mitte 60 gehören heute dazu. So auch Klaus-Dieter. Klaus-Dieter lebt in einer Einzimmerwohnung in der Südstadt, die HWA unterstützt ihn z.B. bei Behördenangelegenheiten. Oft kommt Klaus-Dieter nicht zur Mitt-

wochsgruppe, zu geschaff ist er von seiner Arbeit in der Rad-Werkstatt der Hannoverschen Werkstätten. Doch wenn ihm die Decke auf den Kopf fällt, ist die Mittwochsgruppe eine gute Idee. „Mal andere Leute sehen, sich unterhalten, Kaffee trinken“, das reicht Klaus-Dieter schon, um auf andere Gedanken zu kommen. Er nimmt öfter an Aktivissimo-Angeboten teil, z.B. an Bowling oder Billard. „Man kann für wenig Geld interessante Sachen machen und Spaß haben.“ Auch bei einer Zweitagesfahrt nach Amsterdam war Klaus-Dieter dabei.

Sabine ist 44 und arbeitet in der Gastronomie der Hannoverschen Werkstätten. Auch Sabine lebt al-

lein in einer Wohnung und wird von der HWA betreut. Sie ist regelmäßig bei der Mittwochsgruppe und das von Anfang an. Sie mag die Leute und kommt, weil sie hier abschalten kann: „Kaffee trinken, klönen, spielen, das ist besser als nur zu Hause zu sitzen.“ Kino und Bowling mag Sabine am liebsten. „Wenn ich drankomme“, denn aufgrund der großen Nachfrage werden die Plätze ausgelost. „Einmal waren wir im GOP, das war klasse“, erinnert sich Sabine. „Das hat dann zwar ein bisschen mehr gekostet, aber hat sich gelohnt.“

Die meisten Angebote kosten nur wenige Euro, manche, wie die Mittwochsgruppe, gar nichts. Opern-, Theater- oder Varietébesuche werden vom Sozialministerium gefördert. „Sonst wären diese Aktivitäten für viele Teilnehmer nicht drin“, bestätigt Wohnassistentin Tanja Keil. Das Programm denken sich übrigens die Wohnassistenten gemeinsam aus, sie wissen, was bei ihren Klienten ankommt. „Aber wir freuen uns auch über Anregungen, denn wir sind dabei, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärker in die Planung und Vorbereitung einzubinden.“

Florian gehört zu den Jüngeren der Gruppe und hat den Schritt zum selbstständigen Wohnen noch vor sich. Im Moment lebt er bei seiner Mutter. „Ich würde vielleicht gern mit einem Freund zusammenziehen“, überlegt Florian. „Aber dafür muss ich noch viel üben. Aktivissimo macht Spaß“, findet Florian. Demnächst will er mit zum Billard. Nicht jede Aktivität ist ein Volltreffer: „Einmal waren wir in einem komischen Theaterstück im Schauspielhaus, das war gruselig.“ Florian kommt übrigens extra aus Wennigsen zu den Treffen. Er arbeitet dort in einer Einrichtung.



Auslandsreisen gehören bei Aktivissimo zum Programm, das Bild zeigt die Gruppe in Prag.

Kuno ist da schon einen Schritt weiter. Er lebt bereits selbstständig und bekommt Unterstützung von der Autismus AlltagsAssistenz, manchmal auch beim Buchen von Flug- oder Bahntickets. Denn Kunos Leidenschaft ist das Reisen. In der Mittwochsgruppe ist er seit 2008. „Mir gefallen die Atmosphäre und dass ich Kontakt zu Leuten habe.“ Natürlich geht er auch mit Aktivissimo auf Reisen: „Amsterdam, Kopenhagen, Warschau. Bei Prag bin ich nicht ausgelost worden“, verrät Kuno. Allein reisen oder in der Gruppe, beides hat Vorteile, findet der Weltenbummler. „In der Gruppe fühle ich mich wohler, wenn im Ausland etwas schief läuft. Dafür bin ich allein unabhängiger.“ Ganz leicht ist die Gemeinschaft für Kuno nicht. „Wegen meines Autismus ecke ich bei manchen Leuten an, aber daran arbeite ich mit meinem Therapeuten.“

Gegen 19 Uhr wird aufgeräumt, für heute ist Schluss. Auch Holger macht sich auf den Heimweg. Holger ist ein Urgestein bei der Hannoverschen Wohnassistenten, seit zehn Jahren

wird er betreut. Es hat eine Weile gedauert, bis er zum ersten Mal zur Mittwochsgruppe gegangen ist, die sich damals noch in der Emil-Meyer-Straße traf. „So nach dem vierten, fünften Mal habe ich mich dann auch getraut, etwas beizutragen“, erinnert sich Holger. Heute schätze er die Treffen sehr. „Ich bin unter Menschen und höre von deren Problemen. So bin ich nicht nur auf meine Sorgen fixiert.“ Holger sagt von sich, dass er für alles offen ist. „Wir sind ein bunt gemischter Haufen bei der HWA“, ruft er noch, bevor er geht, „und jeder ist willkommen.“

Das Aktivissimo-Programm ist der Website der Hannoverschen Werkstätten unter www.hw-hannover.de unter „Termine“ erhältlich.

Christine Herbrig
Marketing & Öffentlichkeitsarbeit
Florian Seiboth
Montage & Verpackung
Hannoversche Werkstätten gem. GmbH

Die Welt vorhersehbar und zuverlässig machen

Ein Streiflicht auf eine Personengruppe mit Komplexer Beeinträchtigung

Die paritätische Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH hat vor kurzem mit viel Engagement und unkonventionellen Lösungen ein Zuhause für fünf Menschen mit frühkindlichem Autismus geschaffen. Erfahrungen aus einer schon bestehenden Wohngemeinschaft machten Mut, nun autistische Menschen mit besonders herausforderndem und umfassendem Hilfebedarf zu begleiten – Menschen, denen nur wenige zugetraut haben, in einer Wohngemeinschaft inmitten eines gewachsenen sozialen Umfeldes eine für sie neue Lebensform zu finden.



Genügend Raum, auch für jeden einzelnen, gibt es in der neuen Wohngemeinschaft der Lebenshilfe Braunschweig für frühkindlichen Autisten.

Foto: Elke Franzen

Der frühkindliche Autismus ist eine Form des Autismus, die vor dem dritten Lebensjahr beginnt und zu den tiefgreifenden Entwicklungsstörungen gerechnet wird. Er führt zu einer vielfältigen Art von Auffälligkeiten, besonders im Bereich der Entwicklung, des Sozialverhaltens, der Wahrnehmung und der Kommunikation. Doch es gibt schon jetzt viele Möglichkeiten, um Menschen mit Autismus angemessen in „ihrer“ Welt zu begleiten und es ihnen damit leichter zu machen, in „unserer“ Welt zurecht zu kommen.

Das muss nicht immer in speziellen Einrichtungen sein. In Braunschweig gibt es mittlerweile zwei Wohngemeinschaften, in denen frühkindliche Autisten leben. Im Alltag werden sie von der Lebenshilfe Braunschweig betreut – ambulant. Wobei ambulant hier nicht heißt, dass weniger Hilfen als im stationären Bereich notwendig sind, sondern dass umfassende und ganz differenzierte Unterstützung geleistet wird – in der Wohnung der

autistischen Menschen und nicht in einer Einrichtung. Unterstützt wird die ambulante Betreuung durch den Pflegedienst der Lebenshilfe Braunschweig. Beide Wohngemeinschaften sind in ganz normalen Wohnstrukturen beheimatet. Es gibt Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Freizeitangebote und Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel – alles gut zu nutzen für die ausschließlich männlichen Bewohner.

Aber es ist nicht immer leicht. Eine „normale“ Wohnumgebung ist skeptisch, fühlt sich gestört, ist irritiert über das ungewöhnliche Verhalten. Aber wir erleben auch viel Verständnis und Unterstützung. Wenn beim ersten Supermarktbesuch eines Bewohners leider gleich Marmeladengläser zu Bruch gehen oder wenn wir einem Bewohner hinterher hetzen, der gern aus dem Fenster steigt und mit der Polizei nach Hause kommt – das sind Situationen, in denen wir verständnisvollen Menschen begegnet sind.

Mittlerweile haben sich für die umfassenden und sehr individuellen Hilfen der Bewohner sechs Leistungsträger mit uns auf den Weg gemacht. Durch gezielte Unterstützung und Begleitung ist es uns schon gelungen, zwei jungen Männern mit großen Verhaltensschwierigkeiten die Teilnahme an der Beruflichen Bildung zu ermöglichen. Diese Erfahrung hat uns Mut gemacht. Was für die beiden jungen Männer eine große Herausforderung war, ist zugleich die Erfüllung eines großen Wunsches – produktiv tätig und in einen Arbeitsalltag eingebunden zu sein. Kleinteilige Aufgaben und eindeutige Abläufe führen behutsam, aber verbindlich an neue Arbeits-Optionen heran.

In beiden Wohngemeinschaften sind die Eltern noch eng eingebunden. Auch sie wagen Neues und zeigen sowohl Vertrauen als auch offene Unterstützung gegenüber dem MitarbeiterInnen-Team. Alle Familien bringen die Erfahrung mit, dass es sehr schwierig ist, für ihre Söhne ei-

nen passenden Platz in einer Einrichtung zu finden und diesen auch zu behalten. Frühkindlicher Autismus ist eine sehr herausfordernde Behinderung. Die notwendigen Regeln und Strukturen, die für Autisten wichtig sind, passen nicht in jede Gruppe.

Doch ein gut strukturierter Tagesablauf erfordert sehr viel Disziplin von den MitarbeiterInnen – denn die Regeln müssen nicht nur von den Bewohnern eingehalten werden, sondern auch von den MitarbeiterInnen. Und es erfordert viel Energie und Wachsamkeit, um sich auf die Welt der Autisten einzulassen und ihnen die erforderlichen Strukturen zu geben. Immer wieder stellen wir fest, dass unsere Regeln nicht passen oder wir sie den Bewohnern nicht verständlich machen können – dann fangen wir von vorn an.

Unsere Aufgabe ist es, die Welt für Autisten vorhersehbar und zuverlässig zu machen – das können sie nicht allein. Mit diesem Hintergrund sind dann neue Erfahrungen möglich: ein Besuch des Weihnachtsmarktes, einmal Essen gehen, ein Museumsbesuch, ein Abend in der Disco oder – das ist die Kür – ein kurzer Urlaub in Dänemark. Viele kleine

Schritte, die einen großen Schritt auf dem Weg zu einem Leben in der Gemeinschaft und als Teil der Gesellschaft darstellen.

Constanze Lohse

Leitung Wohn- und Assistenzdienste Süd
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH

Wir sind Autisten – na und?

Was denken die Anderen über uns?

...wir haben keine Gefühle; wir halten soziale Kontakte nicht aus; wir bauen keine Beziehungen auf; wir können niemandem in die Augen sehen; wir können nicht selbstständig leben; wenn wir nicht sprechen können, sind wir geistig behindert; wenn wir sprechen können, sind wir Mathegenies; wenn wir nicht richtig reagieren können, sind wir aggressiv oder gefährlich...

nicht vorstellen können; wir brauchen feste Abläufe, damit wir uns z.B. auch allein duschen oder anziehen; wir brauchen die Möglichkeit zu kommunizieren, auch wenn wir das nicht so können wie andere Menschen...

Was bedeutet das für uns?

...wir wissen oft nicht, wie wir uns mitteilen können; wir haben große Schwierigkeiten, die Spielregeln der Welt zu verstehen; wir haben oft Probleme, körperliche oder akustische Reize auszuhalten; wir brauchen zuverlässige Strukturen, die uns auch begleiten, wenn die Wahrnehmung uns in die Irre führt; wir brauchen Vorhersehbarkeit, weil wir uns unbekannte Situationen

Was bedeutet es nicht?

...es bedeutet nicht, dass wir nicht versuchen möchten, ganz normale Dinge zu machen, wie einkaufen, Eis essen gehen, Straßenbahn fahren; es bedeutet nicht, dass wir keinen anderen Menschen begegnen möchten, dass wir nur in der freien Natur glücklich sind, dass wir gern abseits vom Leben wohnen, dass wir keine Beziehungen zu anderen Menschen haben möchten...

Constanze Lohse

Leitung Wohn- und Assistenzdienste Süd
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH

Alltag in einem ganz besonderen Rückzugspunkt

Die Psychiatrische Tagesstätte Salzgitter-Thiede

Seit September 2014 unterhält der Paritätische Kreisverband Salzgitter eine Psychiatrische Tagesstätte in Salzgitter-Thiede. Sie ist eine Alternative zur stationären Betreuung oder offenen Kontakt- und Beratungsangeboten und dient Menschen mit psychischen und seelischen Beeinträchtigungen als Rückzugspunkt und Ruhopol. Zu den Angeboten der Tagesstätte gehört

unter anderem das arbeitstherapeutische Training „Zeitungsjahr“, das für diese Ausgabe des Parität Reports zwei Artikel erarbeitet hat: Zunächst stellen die Mitglieder des Projekts die Tagesstätte ganz allgemein vor. Der zweite Artikel schildert anhand einer Diskussion die Entwicklung der Einrichtung aus Sicht der TeilnehmerInnen. Da es sich hierbei um Betroffene

handelt, werden keine Namen und nähere Einzelheiten zu den Erkrankungen genannt.

Schnell kann man in unserer heutigen Zeit aus den verschiedensten Gründen (z.B. Depressionen) aus dem Lebensalltag geworfen werden. Je nach Stärke und Grad der Beeinträchtigung stehen in diesen Fällen



Blick in den Ergoraum der Tagesstätte.

verschiedene Tageseinrichtungen zur Verfügung:

- Treffpunkt für ältere und alleinstehende Menschen (z.B. Behinderten- und Seniorentreff)
- Tagesstätte
- Psychiatrische Tagesklinik

In Salzgitter-Thiede betreibt der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Psychiatrische Tagesstätte. Die TeilnehmerInnen dieser Einrichtung leiden überwiegend unter Depressionen, bipolaren Störungen, Schizophrenien und anderen psychischen Erkrankungen. Den meisten fehlt ein geregelter Tagesablauf, und sie sind deshalb sozial isoliert. Hier bietet die Tagesstätte den TeilnehmerInnen eine geeignete Perspektive.

Das Prinzip der Tagesstätte steht auf drei Säulen:

1. Hilfe zur Selbsthilfe: Die TeilnehmerInnen können sich untereinander austauschen und evtl. Ratschläge geben, dazu gibt es die Vermittlung von weiterführenden Diensten.
2. Gespräche: Dreimal in der Woche

finden Befindlichkeitsrunden für die Ermittlung von aktuellen Bedürfnissen der TeilnehmerInnen statt. Einzelgespräche können auf Wunsch aber auch nach Bedarf der MitarbeiterInnen geführt werden. Gruppengespräche (Soziales Kompetenztraining) werden ebenfalls angeboten.

3. Ergotherapie: Die Ergotherapie weckt und fördert das Interesse, handwerklich tätig zu werden. Unerkannte Fähigkeiten werden oft entdeckt und gefördert.

Die Ergotherapie gliedert sich in folgende Bereiche auf:

- Holzwerkstatt: Futterhäuschen, Puppenbetten, Weihnachtschmuck, Zulieferarbeiten für den Ergobereich
- Ergoraum: Töpfern, Peddigrohr flechten, Textilarbeiten, Malen usw.
- Küche: Zubereitung von Mittagessen (Selbstkostenpreis)
- Reinigung der Küche und Aufenthalts- und Ergoräumlichkeiten (1 x Woche)
- Zeitungsprojekt: Artikel (monatlich) für die Parkbank-Zeitung Braunschweig erstellen

- Aktivitäten außer Haus (Museumsbesuch, Bowling, kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Sommerfest Klinik Dr. Fontheim)
- Förderung der Sozialkompetenz

Sollte mal jemand etwas Ruhe brauchen, steht ein Ruheraum zur Verfügung.

Zum Personal der Tagesstätte gehören ein Sozialpädagoge und zwei Ergotherapeutinnen. Zurzeit nehmen 18 Personen die Angebote der Tagesstätte wahr. Eine Erweiterung dieser Einrichtung auf 25 Personen steht demnächst bevor. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Kommune an das Landessozialamt (Kostenträger).

Wichtig ist: „Dies ist unsere Tagesstätte – es obliegt uns, sich in ihr wohlfühlen.“

*Gruppe „Zeitungsprojekt“
Psychiatrische Tagesstätte
Paritätischer Salzgitter*

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne.

Fordern Sie einfach unter presse@paritaetischer.de unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

„Geduld zu haben ist besonders wichtig“ Die Tagesstätte aus Sicht der TeilnehmerInnen

Zeitungsprojekt: *Die Tagesstätte gibt es seit fast zwei Jahren, wie haben Sie von dieser erfahren?*

Gruppe: Über den Sozialpädagogischen Dienst der zuständigen Stadtverwaltungen, Ambulant Betreutes Wohnen, Tageskliniken und andere Dienste, aber auch durch persönliche Empfehlungen von Besuchern wurden wir auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht.

Zeitungsprojekt: *In welcher gesundheitlichen Situation haben Sie sich damals befunden?*

Gruppe: Die gesundheitlichen Zustände sind recht unterschiedlich. Sie reichen von Depressionen, körperlichen Einschränkungen und Suchterkrankungen (Überbrückung bis zum Klinikaufenthalt) über Angstzustände und rezidivierende (wiederauftretende) Psychosen bis hin zu suizidalen Gedanken (Selbstmordgedanken).

Zeitungsprojekt: *Was gab den Ausschlag, diese Tagesstätte zu besuchen?*

Gruppe: Die Tagesstätte ist für den Aufbau einer eigenen Tagesstruktur sehr hilfreich. So gehören zum Beispiel die Zubereitung von selbst gekochtem Mittagessen, inkl. Einkauf und Abwasch, aber auch die Reinigung der Gemeinschaftsräume dazu (Haushaltstraining). In unserer Einrichtung können soziale Kontakte aufgebaut werden. Eine sinnvolle Aufgabe zu haben, fördert das Selbstbewusstsein und den Aufbau der eigenen sozialen Kompetenzen.

Zeitungsprojekt: *In unserer Einrichtung gibt es eine breite Angebotspalette. Welche Angebote interessieren Sie bzw. helfen Ihnen auch zu Hause, einen strukturellen Tagesablauf zu erlangen?*

Gruppe: Die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (Kochen, Abwaschen, Raumreinigung) geben die Möglichkeit, die neu erlernten Fähigkeiten zu üben und diese in den eigenen vier Wänden auszuführen. In der Holzwerkstatt kommt dann die handwerkliche Geschicklichkeit zum Tragen und kann, falls nicht vorhanden, verbessert werden. Ein ganz anderer Bereich ist unser Zeitungsprojekt, welches regelmäßig Beiträge für die Braunschweiger Straßenzzeitung (Parkbank-Zeitung) erstellt.

Zeitungsprojekt: *Über welche Fähigkeiten muss ich im Bereich der Ergotherapie verfügen?*

Gruppe: Spezielle Fähigkeiten sind nicht erforderlich, solche können beim Ausprobieren der einzelnen Ergoangebote entdeckt und gefördert werden.

Zeitungsprojekt: *Die TeilnehmerInnen der Tagesstätte haben verschiedene Krankheitsbilder und damit auch ihre speziellen Einschränkungen. Wie kommen Sie damit klar?*

Gruppe: Geduld zu haben, ist in dieser Gemeinschaft besonders wichtig. Wir nehmen uns so, wie wir sind, mit Respekt und Toleranz. Der Mensch steht vor der Erkrankung! Ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen, ist ein sehr wichtiger Aspekt in unserer Einrichtung.

Zeitungsprojekt: *Gibt es Möglichkeiten, über Ihre Probleme auch in einem kleineren Kreis zu sprechen?*

Gruppe: Neben den Gesprächskreisen gibt es natürlich auch die Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch „unter vier Augen“. Die Schweigepflicht

wird auf jeden Fall gewahrt. Auch bilden sich lockere Gesprächsgruppen während der „Raucherpausen“. Manche TeilnehmerInnen sind auch nach den Öffnungszeiten der Tagesstätte per Handy miteinander in Kontakt.

Zeitungsprojekt: *Manchmal kann der Ablauf der Tagesstätte „für einen zu viel“ werden. Welche Ausweichmöglichkeiten gibt es?*

Gruppe: In einem Ruheraum findet man den „geschützten Raum“, in dem man sich zurückziehen kann. Auch der Raucherbereich, die Küche und der PC-Raum stehen zeitweise zur Verfügung.

Zeitungsprojekt: *Was schätzen Sie am meisten an der Tagesstätte?*

Gruppe: Das zwanglose, respektvolle Miteinander von Therapeuten und TeilnehmerInnen trägt zu einer angenehmen Atmosphäre bei. Chancen und Fähigkeiten werden gefördert.

Zeitungsprojekt: *Was vermissen Sie an dieser Einrichtung?*

Gruppe: Sportangebote, mehr Außenaktivitäten.

Im Namen der Mitarbeiter des Zeitungsprojekts und den MitarbeiterInnen der Tagesstätte bedanken wir uns für die offenen und ehrlichen Worte aller TeilnehmerInnen, die uns die Fertigstellung dieses Interviews ermöglicht haben.

Jan Markgraf und Armin Haase
Gruppe „Zeitungsprojekt“
Psychiatrische Tagesstätte
Paritätischer Salzgitter

Gesetzliche Verpflichtung für private Anbieter

VdK Niedersachsen-Bremen fordert unverzügliche Umsetzung der Barrierefreiheit

Der Landesverbandstag der paritätischen Mitgliedsorganisation Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V. hat am 19.05.2016 in Langenhagen in einer sozialpolitischen Resolution die unverzügliche Umsetzung des Menschenrechts auf Barrierefreiheit gefordert. Die Delegierten stellen fest: „Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung, damit alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Dies erklärt die UN-Behindertenrechtskonvention unmissverständlich. In Deutschland stoßen Menschen mit Behinderung jedoch noch immer auf unüberwindliche Hindernisse. Bestehende rechtliche Vorgaben sind oft unzureichend oder zu unverbindlich. Das muss sich ändern!“

Der VdK-Landesverbandstag fordert in der Resolution, dass durch klare Regelungen Wohnungen, öffentliche Gebäude, Verkehrsanlagen und -mittel sowie private Güter und Dienstleistungen für alle zugänglich werden: „Barrierefreiheit braucht verbindliche Fristen, Kontrollen und Sanktionen sowie eine entschiedene Förderung durch Bund, Länder und Kommunen. Große Bereiche der Privatwirtschaft sind von der Verpflichtung zur Barrierefreiheit weitgehend ausgenommen. Das bisherige Prinzip der Freiwilligkeit hat jedoch versagt. So ist es derzeit dem Zufall überlassen, ob ein Geschäft für Rollstuhlfahrer zugänglich ist, ein Online-Dienst von blinden Menschen genutzt werden kann oder das Programm eines privaten TV-Sen-

ders von hörgeschädigten Menschen verstanden wird. Daher ist es erforderlich, dass private Anbieter gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet werden. Bei täglichen Besorgungen, dem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit ist ein selbstbestimmtes Leben ohne Mobilität nicht denkbar. Jeden Tag aber werden Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen mit unzumutbaren Barrieren konfrontiert.“

Die Delegierten des VdK-Landesverbandstags fordern insbesondere, dass der barrierefreie Bau von Bahnhöfen forciert wird und dass es verbindliche einheitliche Regelungen über die Barrierefreiheit von Taxen geben muss: „Aber auch Fluggesellschaften und Reedereien müssen zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.“

Der VdK-Landesverbandstag fordert, dass der Bund barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbau entscheidend fördert: „Die Länder müssen zum zweckgebundenen Einsatz der Mittel verpflichtet werden. In der Städtebauförderung muss Barrierefreiheit eine verbindliche Voraussetzung werden. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention hat jeder Mensch das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben möchte. Diese Vorgabe ist in Deutschland nicht erfüllt. Selbstbestimmt leben kann nur, wer eine Wohnung und ein Umfeld ohne Hindernisse hat. Es besteht ein großer Mangel an barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum und einem entsprechenden Wohnumfeld.“

*Hans-Gerd Finke
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e.V.*

Rolf Reinemann ist neuer VdK-Landesverbandsvorsitzender



Rolf Reinemann

Rolf Reinemann aus Helmstedt ist neuer Landesverbandsvorsitzender der paritätischen Mitgliedsorganisation Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V. Der

Landesverbandstag wählte ihn am 19. Mai 2016 in Langenhagen mit 89 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die bisherige Landesverbandsvorsitzende Ute Brandt (bis August 2015: Borchers-Siebrecht) aus Hannover trat nach achtjähriger Amtszeit nicht erneut zur Wahl an. Sie wurde einstimmig zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Rolf Reinemann (77) war von 1997 bis 2010 Landesvorsitzender der

Senioren-Union in Niedersachsen und bis 2010 auch deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Er war über zehn Jahre Vorsitzender des Kuratoriums der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, außerdem von 1991 bis 1996 zunächst stellvertretender Landrat, dann Landrat im Landkreis Helmstedt. Von 1974 bis 1994 war Reinemann für volle fünf Wahlperioden direkt gewählter Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags und war unter anderem Mitglied im Landtags-Präsidium.

*Hans-Gerd Finke
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e.V.*

„Kräfte bündeln, Menschen bewegen“ Forum Artikel 30 mit Auftaktveranstaltung gestartet

Mit einer abwechslungsreichen Auftaktveranstaltung ist das „Forum Artikel 30 – Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport“ am 29.04.2016 offiziell in seine Arbeit gestartet. Das Forum und seine sieben Verbände und Institutionen aus Niedersachsen gehen einen neuen und einzigartigen Weg: „Wir wollen Barrieren abbauen und Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in Niedersachsen in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport schaffen und damit ihre Partizipation an der Gesellschaft stärken“, brachte Sprecher Karl Finke in seiner Begrüßung die Idee des Forums auf den Punkt.

Der Behinderten Sportverband Niedersachsen, die Special Olympics Niedersachsen, der Gehörlosen-Sportverband Niedersachsen (GVN), die paritätischen Mitgliedsorganisationen Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN) und Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen, die Landesvertretung Niedersachsen des Bundesverbands Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) und die Volkshochschule Hannover wollen ab sofort im neuen Bündnis die Vernetzung intensivieren, Synergieeffekte nutzen und sich damit zu-

kunftsträftig den veränderten Herausforderungen rund um die Inklusion stellen.

Die mehrfache Paralympics-Welt- und Europameisterin Catherine Bader führte im Toto-Lotto-Saal der Akademie des Sports in Hannover durch Talkshow-Runden mit TeilnehmerInnen der beteiligten Verbände. Finke betonte das Recht behinderter Menschen, auch den Sport selbst aktiv weiterzuentwickeln. Er untermauerte den gesellschaftspolitischen Anspruch des Zusammenschlusses. Andrea Liebich (Special Olympics) machte deutlich, dass die Vernetzung aller Verbände zum Wohle aller Menschen bundesweit einmalig sei. Sie finde die Idee des Forums faszinierend. Peter Fiebiger (GVN) will mit allen Mitteln dafür kämpfen, dass die Belange gehörloser Menschen auch im Sport mehr Beachtung finden. Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Umbach (Präsident LSB) lobte die Arbeit des Forums – das LSB-Präsidium habe die Unterstützung sofort zugesagt, nachdem dort die Idee vorgestellt worden war. Der LSB bearbeite das Thema bereits sehr lange – auch mit dem bis 2018 laufenden Aktions- und Maßnahmenplan „Inklusion im niedersächsischen Sport“.

Ulrike Ernst (VHS) erläuterte ihre Motivation, als Bildungsträger mit breitem inklusivem Angebot im Forum mitzuarbeiten. Die VHS-Arbeit passe zum Forum, sie fühle sich hier gut aufgehoben. Hans-Werner Lange (BVN) knüpfte an die gesellschaftliche Bedeutung der Inklusion an, das Forum könne hier gemeinsam wichtige Akzente setzen. Adolf Bauer (SoVD) verwies auf die zahlreichen sportlichen Aktivitäten des SoVD im Bereich des Sports, unter anderem richtet der Verband einen Inklusionslauf für Menschen mit und ohne Behinderung aus. Er ermahnte die Niedersächsische Politik, den Weg der Inklusion konkret weiterzugehen. Hans-Werner Eisfeld (BSK), dessen Verband aus dem Verkehrtensport hervorgegangen ist, sieht dicke Bretter in der Umsetzung von Inklusion, freut sich aber auf das gemeinsame Bohren.

Neben inhaltlichen Botschaften standen sportliche und kulturelle Darbietungen im Vordergrund. Die Sportler der Hannover United zeigten Rollstuhlbasketball und luden zum Mitmachen ein. Christophe Schuler und seine Partnerin Katrin Heister tanzten inklusiv durch den Toto-Lotto-Saal. Laura Schwengber machte Musik fühlbar mittels inklusiver Musik-Gebärden am Beispiel des Musicals König der Löwen. Das Improvisationstheater „Improkokken“ begeisterte mit seiner Aufführung, und die aus blinden und sehenden Musikern bestehende „Blind Foundation“ sorgte für inklusiven Schwung.

Matthias Büschking
Landespressesprecher
SoVD-Landesverband
Niedersachsen e.V.



Christophe Schuler
und seine Partnerin
Katrin Heister
zeigten im Rahmen-
programm inklusives
Tanzen.

Foto: Lennar Helal

Barrieren in den Köpfen abbauen

SoVD geht in die Luft für die Inklusion in Niedersachsen

Inklusion – also die gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen am Leben – ist in unserer Gesellschaft noch lange nicht Realität. Darauf hat die paritätische Mitgliedsorganisation SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. mit einer Aktion zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 05.05.2016 aufmerksam gemacht.

Von Celle über den Heidekreis und von Diepholz bis ins Emsland – in ganz Niedersachsen haben sich SoVD-Kreisverbände für mehr Inklusion stark gemacht. In Hannover hat die SoVD-Jugend in der Fußgängerzone Forderungen und Wünsche für ein inklusives Niedersachsen mittels Ballons in die Luft geschickt – symbolisch um „fünf vor zwölf“. Zuvor hatte die Jugendorganisation von Niedersachsens größtem Sozialverband Karten an Vereine, Schulen und Verbände verteilt, auf denen diese ihre Ideen für eine inklusive Gesellschaft notieren konnten. „Uns war es wichtig, nicht immer nur darüber zu reden, wie Inklusion unserer Meinung nach aussehen könnte, sondern Menschen

direkt nach ihren Vorstellungen zu fragen und sie einzubeziehen“, sagt Kerstin Koch, Sprecherin des SoVD-Jugendbeirats. „Und es wurden auch zahlreiche Karten mit spannenden Anregungen an uns zurückgeschickt.“

Viele forderten dabei insgesamt mehr Barrierefreiheit – egal ob in öffentlichen Gebäuden, in Bussen und Bahnen oder auch in den eigenen vier Wänden. Angeregt wurden aber auch Gebärdensprachkurse in Schulen, mehr Ampeln für Blinde und mehr

inklusive Sportmöglichkeiten. „Eine Karte hat es auf den Punkt gebracht. Dort stand, man müsse Menschen mit Behinderung in alle Entscheidungen, die sie betreffen, einbeziehen“, erzählt Kerstin Koch weiter. Das fordere auch der SoVD: Man müsse mit den Menschen reden, nicht nur über sie. „Nur so können die Barrieren in den Köpfen abgebaut werden“, meint sie.

Stefanie Jäkel
Stellv. Landespressesprecherin
SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.



In Hannover schickte die SoVD-Jugend in der Fußgängerzone Forderungen und Wünsche für ein inklusives Niedersachsen in die Luft und verteilte Informationsmaterial.

Schul-Projekt mit bundesweitem Modellcharakter

Inklusives Kochseminar der Lebenshilfe Leer gewinnt „exzellent“-Preis

Eigentlich wollte die paritätische Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Leer e.V. nur den eigenen Messestand in Halle 12 nutzen, um auf der diesjährigen Werkstätten-Messe der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (BAG WfbM) in Nürnberg auf die eigene Arbeit, das Leistungsspektrum und neue Eigenprodukte hinzuweisen. Aber die Lebenshilfe Leer e.V.

erzielte bereits während der Eröffnung der Fachmesse für berufliche Rehabilitation und Leistungsschau der Werkstätten am 14.04.2016 ein Maximum an Aufmerksamkeit. Denn sie hatte sich über den Werkstattbereich Küche/Hauswirtschaft um den bundesweit ausgeschriebenen „exzellent“-Preis der BAG WfbM beworben und konnte sich freuen, bei der offiziellen Verkündung der aus-

gezeichneten Modellprojekte zu den Gewinnern zu zählen.

Eingereicht hatte die Lebenshilfe Leer e.V. Unterlagen, die die Konzeption und inhaltliche Arbeit des Seminars „Inklusives Kochen“ am Teletta-Großgymnasium (TGG) in Leer dokumentieren. Die Lebenshilfe Leer betreibt in den Räumen des TGG unter Leitung von Thomas Stahlmann seit Mai

2006 die dortige Mensa als Betriebsstätte der Werkstatt für behinderte Menschen und versorgt an fünf Tagen in der Woche rund 1000 Schülerinnen und Schüler. Durch den mit dem Kultusministerium Niedersachsen (in Person des Schulleiters des TGG, Ulf Rott) geschlossenen Kooperationsvertrag bekommt das Seminarfach einen bildungsrelevanten Charakter und ist für das Schuljahr 2015/2016 erstmals fester Bestandteil des Curriculums am Teletta-Gross-Gymnasium.

Das Seminar „Inklusives Kochen“ wird dabei als Buchungsangebot für Schülerinnen und Schüler der 6. Klassen im Rahmen des Unterrichts im Ganztags schulbereich angeboten und im praktischen Teil von Menschen mit Behinderung begleitet und bei Bedarf angeleitet. Dies bedeutet auch für die Beschäftigten des Werkstattbereichs Küche/Hauswirtschaft ein großes Potenzial für die berufliche Qualifizierung, die eigene Weiterentwicklung und die Teilhabe an der Gesellschaft. Bevor die Idee des Seminarfachs entstand, fanden in der Mensa des TGG bereits sporadisch Themenbüfets statt. So wurde schon früh eine kulinarische Verbindung zu bestehenden Austauschprogrammen der Schule geschaffen.

So sahen es auch die Nürnberger Juroren. Nominiert in der Kategorie „exzellent:kooperation“ wurde das ostfriesische Kochseminar schließlich als vorbildliches und innovatives Kooperationsprojekt zwischen einer Werkstatt für behinderte Menschen und einem externen Partner ausgezeichnet. Im Beisein von Bayerns Ministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller, überreichten der Vorsitzende der BAG WfbM, Martin Berg, und der



Impressionen aus dem inklusiven Kochseminar mit Thomas Stahlmann, Mensaleiter für die Lebenshilfe Leer e.V. am Teletta-Groß-Gymnasium Leer.

Vorsitzende der Bayerischen Sparkassenstiftung, Dr. Ingo Krüger, die bundesweit begehrte Auszeichnung an Thomas Winsenborg, Bereichsleiter der WfbM der Lebenshilfe Leer e.V., und an den Abteilungsleiter im Bereich Küche und Hauswirtschaft, Carsten Hackmann, sowie den Geschäftsführer der Lebenshilfe Leer, Ralf Schulz,.

Ziel der „exzellent“-Preise ist es, die Innovationsfreude und die modernen Konzepte, die Werkstätten immer wieder entwickeln, einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Gleichzeitig sollen die an der Entwicklung der Projekte beziehungsweise Produkte beteiligten Fach- und Führungskräfte Anerkennung und weiteren Ansporn für ihre Arbeit erhalten. Deswegen sind mit den „exzellent“-Preisen als nominelle Gütesiegel vor allem Maßnahmen verbunden, die auf die Öffentlichkeitsarbeit und das Bilden von verschiedenen Netzwerken abzielen.

Dr. Ingo Krüger betonte in seiner Laudatio, dass in dem ausgezeichneten Projekt „Schüler von Menschen mit Behinderung Wissen und Fertigkeiten übernehmen und hierdurch vorbildliche Inklusion gelingt“. Seminarlei-

ter Thomas Stahlmann, der nicht in Nürnberg dabei sein konnte, zeigte sich von dem Erfolg überwältigt: „Es ist ein großes dankbares Gefühl. Ich freue mich für die ganze Einrichtung und besonders für die Menschen mit Behinderung, die das Projekt mitgestalten.“

Am Beispiel des Unterrichtsaufbaus ist gut zu erkennen, wie „soziales Lernen“ als ein Nebeneffekt entsteht und praktische Küchentipps von Menschen mit Behinderung an die Schüler weitergegeben werden. Der inklusive Grundgedanke wird auf diese Weise hervorragend vorgelebt und spielt eine wesentliche Rolle im Gesamtkonzept des Seminarfachs. „Das Seminarfach Kochen der Mensa TGG der Lebenshilfe Leer e.V. bezeichnet damit unseres Wissens nicht nur den ersten Hauswirtschaftsunterricht an einem Gymnasium“, erklärte Mensaleiter Stahlmann. „Wichtiger Bestandteil dieses Projekts ist zugleich das soziale Lernen in Bezug auf den Umgang mit Menschen mit Behinderung.“

Dr. Lübbert R. Haneborger
Pressereferent
Lebenshilfe Leer e.V.

Gelungene und gelebte Inklusion

Zwei unterschiedliche Kindergärten leben in Aerzen gemeinsam unter einem Dach

Im Jahr 2015 feierte der Heilpädagogische Kindergarten (HPK) in Hameln, eine Einrichtung der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH, sein 50-jähriges Jubiläum. Eine langer Zeitraum, der geprägt wurde von Veränderungen, Wachstum und der Auseinandersetzung mit neuen Anforderungen durch gesellschaftliche Veränderungen. Hierzu gehört auch die Erweiterung des pädagogischen Angebots mit der Einweihung der ersten integrativen Krippe im Raum Hameln-Pyrmont. „Die Weltentdecker“ zogen im Jahr 2010 in das Gebäude des Heilpädagogischen Kindergartens mit ein.



Der Spielplatz der Kindergartengruppen wird von den Kindern gemeinsam genutzt, hier entstehen intensive Kontakte und auch enge Freundschaften.

Doch der Bedarf an Krippenplätzen überstieg bald das Angebot, sodass es nahelag, eine zweite Krippengruppe einzurichten – aber in welchen Räumlichkeiten? Durch den Neubau und Umzug des Sprachheilkindergartens und somit freiwerdende Räume in Aerzen entwickelte sich schnell die Idee, dass zwei bestehende Gruppen des HPK nach Aerzen umziehen und ihre Gruppenräume der neuen Krippengruppe überlassen.

Für die MitarbeiterInnen des HPK stellte diese Alternative zunächst eine gewisse Unsicherheit dar, da der Kindergarten in den ganzen Jahrzehnten seines Bestehens immer in einem Gebäude untergebracht war. Es fanden sich jedoch schnell KollegInnen, die Interesse daran hatten, etwas Neues auszuprobieren. Die neuen Räumlichkeiten befinden sich unter einem Dach mit dem evangelisch-lutherischem Regelkindergarten „Pöhlenstraße“ in Aerzen.

Um ein gelingendes Miteinander des HPK und des Regelkindergarten auf-

zubauen und Bedenken und Ängste abzubauen, wurden vor dem Umzug mehrere gemeinsame Dienstbesprechungen abgehalten. Die MitarbeiterInnen beider Einrichtungen entdeckten neben vielen Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen auch einige Unterschiede in ihrer konzeptionellen Arbeit, andere Strukturen und Regeln, verschiedene Ansätze und differenzierte Bedürfnisse der zu betreuenden Kinder. Dennoch hatten alle Beteiligten von Beginn an das Gefühl, eine spannende Konstellation vor sich zu haben, die viele Chancen bietet.

Im Sommer 2014 folgte dann der Umzug der zwei Gruppen des HPK mit 13 Kindern und fünf MitarbeiterInnen nach Aerzen, und nach einem Jahr können wir im Sommer 2015 sagen: Die Bedenken lösten sich schnell in Luft auf, und alle Kinder und MitarbeiterInnen profitieren von dem Miteinander. Die Kooperation zwischen den beiden Kindergärten ist gelungene und gelebte Inklusion. Es finden nicht nur die alltäglichen Begegnungen im Treppenhaus statt,

sondern es werden ganz bewusst Kontakte zwischen den Kindern und auch den MitarbeiterInnen hergestellt. Der Spielplatz wird von den Kindern gemeinsam genutzt, hier entstehen intensive Kontakte und auch enge Freundschaften. Kinder mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen finden zueinander, Spielideen werden ausgetauscht und übernommen. Im Alltag haben die Kinder untereinander überhaupt keine Berührungängste und zeigen ihren erwachsenen Vorbildern, wie es sein sollte. Wer nicht so schnell ist, auf den wird gewartet, wer beim Bauen Hilfe braucht, dem wird geholfen. Für die Kinder ist es selbstverständlich, Rücksicht aufeinander zu nehmen, und sie akzeptieren sich gegenseitig so, wie sie sind. Das Zusammensein in einem Haus wird als Bereicherung angesehen, und Differenzen werden überwunden.

Außerdem wurde zum Beispiel das Karnevalsfest gemeinsam im ganzen Haus gefeiert. Die Kinder beider Kindergärten bewegten sich dabei frei und selbstständig in den

verschiedenen Etagen und wählten zwischen den Aktionen, die in den unterschiedlichen Gruppenräumen zu einem gemeinsamen Thema angeboten wurden. Es war spannend zu beobachten, wie gerne die Kinder vor allem die Räume der „fremden“ Einrichtung nutzten und anschließend stolz über ihre Erlebnisse berichteten. Seitdem fragen viele Kinder immer mal wieder, ob sie sich gegenseitig besuchen können. Für die Kinder des Regelkigas und des HPK ist es immer wieder ein besonderes Erlebnis, als Kleingruppe zu Besuch in einer anderen Umgebung zu sein und sich auch mal ohne gewohnte Bezugspersonen auszuprobieren.

Die MitarbeiterInnen des HPK haben durch den Kontakt zum Regelbereich

auch die Chance, einen geschulteren Blick für altersgerechte Entwicklung zu bekommen. Insbesondere vor der Einschulung ist es hilfreich, die Kinder im Kontakt mit einer großen Kindergarten-Gruppe zu erleben, um diese Beobachtungen dann in eine Schulpflichtung einfließen zu lassen. Die MitarbeiterInnen des Regelkindergartens nutzen wiederum das Fachwissen der Heilpädagogischen Fachkräfte und bitten um Beratung. Es fällt ihnen zudem leichter, Eltern im Hinblick auf Entwicklungsverzögerungen zu beraten und ggfs. die Eingliederung in den HPK zu empfehlen, wodurch schon zwei Kinder in den HPK gewechselt sind und weitere auf der Warteliste stehen. Vonseiten der Eltern des Regelkindergartens sind bisher nur positive Rückmeldungen über den

Einzug des HPK gekommen. Durch den persönlichen Kontakt zu den Kindern und den MitarbeiterInnen des HPK konnten hier Vorbehalte und Ängste aufgelöst werden.

Mittlerweile befinden sich beide Einrichtungen seit anderthalb Jahren in einem gemeinsamen Gebäude und einer weiteren Zukunft steht nichts im Wege.

*Beate Wittenberg, Einrichtungsleiterin
Kai Schwegmann, Gruppenfachkraft
Heilpädagogischer Kindergarten
„Wirbelwind“ Hameln
Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-
Weserbergland GmbH*

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
soziale Gerechtigkeit

Gegen TTIP und CETA – für fairen Welthandel! Paritätischer demonstriert mit Zehntausenden in Hannover

Gemeinsam mit mehreren Dutzend Organisationen sind zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., seiner Mitgliedsorganisationen, anderer Paritätischer Landesverbände und des Paritätischen Gesamtverbands am Sonnabend, 23.04.2016, in Hannover auf die Straße gegangen. Sie demonstrierten mit rund 90.000 Menschen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA und für einen gerechten Welthandel. „Die unheimlich große Resonanz zeigt deutlich, dass die Menschen durch TTIP und CETA demokratische und soziale Standards bedroht sehen, für die wir teils jahrelang gekämpft haben“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen. „Derart weitreichende Abkommen betreffen viele Millionen Menschen. Indem sie weitgehend im Geheimen darüber verhandeln, vernachlässigen EU und USA sämtliche Grundsätze der Transparenz – in der heutigen Gesellschaft eine unfassbar undemokratische Vorgehensweise.“

Das Organisationskomitee, zu dem auch der Paritätische gehört, nutzte den Vortag des Treffens zwischen US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel in

Hannover, um dem Protest gegen die Verhandlungen Ausdruck zu verleihen. „Die zahlreichen Mitglieder des Aktionsbündnisses sind ebenso vielfältig wie die Zehntausenden von Menschen, die gegen die Abkommen protestieren“, schildert Birgit Eckhardt ihre Eindrücke von der Demonstration. „Doch so groß die Vielfalt der Demonstranten ist, sie haben alle die gleichen Bedenken vor dem, was kommen mag, wenn unsere Standards zur Debatte stehen und die Gemeinnützigkeit gefährdet wird. Schon jetzt sind, gerade im sozialen Bereich, die ökonomischen Interessen an vielen Stellen entscheidend in den Vordergrund gerückt.“

Zur Demonstration aufgerufen hatte ein zivilgesellschaftliches Bündnis von rund 20 Aktivistennetzwerken, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Jugendverbänden, Wohlfahrts-, Sozial- und Kulturverbänden, Gewerkschaften, Bürgerrechts- und kirchlichen Organisationen. Die Demonstration, auf der unter anderem Ulrich Schneider (Der Paritätische Gesamtverband), Hubert Weiger (BUND), Andrea Kocsis (ver.di) und Welthandelsexpertin Lori Wallach von der US-amerikanischen Verbraucherschutzorganisation Public Citizen

sprachen, richtete an Barack Obama und Angela Merkel eine klare Botschaft: „Wir stehen auf gegen Handelsverträge, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen, und machen uns stark für einen gerechten Welthandel, der sich an Arbeitnehmerrechten, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards statt an Konzerninteressen orientiert.“ Die Verhandlungen zu TTIP müssten gestoppt und CETA dürfe nicht ratifiziert werden, hieß es weiter. Auf der Kundgebung in Hannover forderten die RednerInnen die Bundesregierung sowie das Europäische Parlament auf, dem mittlerweile fertig verhandelten CETA-Text nicht zuzustimmen.

Auch wenn die Demonstration in Hannover ein starkes Signal gegen die geplanten Abkommen war und auch die Politik längst nicht geschlossen zu TTIP und CETA steht – die Verhandlungen laufen weiter. Deshalb muss auch der Protest weitergehen. Für Samstag, 17.09.2016, sind überregionale Demonstrationen in sieben deutschen Großstädten geplant. Der Paritätische Niedersachsen wird sich an der Demonstration in Hamburg beteiligen, um erneut auf die Gefahren für unser Sozialsystem aufmerksam zu machen, die von TTIP und CETA ausgehen. Nähere Informationen werden wir rechtzeitig veröffentlichen.



Der „Kapitalismus-Hai“ und die „Sozialfische“ des Paritätischen sorgten für viel Aufmerksamkeit bei der Demonstration und der abschließenden Kundgebung auf dem Opernplatz in Hannover.

Anika Falke
Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Für den Erhalt der Demokratie!

Anlässlich der Demo in Hannover haben wir VertreterInnen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen gefragt, warum sie gegen TTIP, Ceta und Co. auf die Straße gehen.



„Ich finde es nicht in Ordnung, wie das Verfahren läuft, die Intransparenz ist am Schlimmsten! Aber ich finde es toll, wenn das Volk für etwas einsteht, wie bei der heutigen Demonstration.“
Sabine Bösing
Referentin
Paritätischer Gesamtverband



„Wir sind heute hier, weil Obama nicht das Gefühl bekommen soll, er sei ganz alleine – der Widerstand steht! Und wir demonstrieren, damit die Revolution von oben nicht auf der Ebene der Gesetzgebung durchgeführt wird!“
Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer
und Ehefrau Katharina Otto
Paritätischer Gesamtverband e.V.



„Das gesamte Verfahren, das eine Weichenstellung für Millionen Menschen bedeutet, läuft sehr intransparent ab, das ist einer Demokratie unwürdig. Wir sind hier, um für die Gemeinnützigkeit zu kämpfen, die durch die Abkommen infrage gestellt wird.“
Chrysovalantou Vangeltziki
Referentin und
Andreas Beck
Paritätische Projekte gGmbH
Paritätischer Hessen



„Wir dürfen nicht zulassen, dass den marktwirtschaftlichen Interessen der Konzerne noch mehr Prioritäten eingeräumt werden, gerade in den Bereichen, in denen die Belange und Bedürfnisse hilfebedürftiger Menschen das Maß der Dinge sein sollten.“
Birgit Eckhardt
Vorsitzende
Paritätischer Niedersachsen



„Großkapital und große Firmen sollen mehr Macht bekommen, als ihnen zusteht. Dieser Umstand und das Verfahren zur Umsetzung des Abkommens bedeuten ein Aushebeln der Demokratie.“
Mathias Reisewitz
arCus gemeinnützige
Gesellschaft mbH



„Die wesentliche Grundlage unserer Demokratie, die Aufteilung in Exekutive, Judikative und Legislative, wird durch Abkommen wie TTIP infrage gestellt.“
Ulla Klapproth
Verein Treffpunkt e.V.



„Politik muss öffentlich sein! Ich habe Angst, dass die geplanten Freihandelsabkommen unsere mühsam erkämpften Gesetze aushöhlen und alles über Bord werfen.“
Christine Schulze
Paritätischer Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Bielefeld

Projekt zur binationalen Altenpflegeausbildung ist gestartet Kooperation zwischen Paritätischem und Eilenriedestift weckt großes Interesse

Das innovative Projekt zur Zukunftssicherung der Ausbildung von Fachkräften in der Altenpflege, das der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und seine Mitgliedsorganisation Eilenriedestift e.V. zu Beginn des Jahres 2016 gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Poznan (Polen) initiiert haben, ist erfolgreich gestartet. Vertreterinnen und Vertreter der niedersächsischen Einrichtungen stellten das Projekt nun in Polen offiziell und öffentlichkeitswirksam vor, nachdem bereits im November 2015 eine polnische Delegation zu Gast in Hannover gewesen war. „Dieses zukunftsweisende Projekt ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und demografischen Wandels von großer Wichtigkeit“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen. „Pflegeexperten beider Länder bündeln ihre Kenntnisse und ihre Qualität und bieten künftigem Fachpersonal so eine exzellente Chance zum internationalen Austausch von Wissen und Erfahrungen.“

Mit dem Projektstart am 1.1.2016 begann die erste Bewerbungsphase auf die binationalen Ausbildungsplätze. „Die Nachfrage war sehr groß, es gab deutlich mehr InteressentInnen als freie Plätze“, berichtet Günter Famulla, Vorsitzender des Eilenriedestifts e.V. Voraussichtlich zehn Pflegekräfte aus Polen werden am



Günter Famulla und Marzena Wodzińska nach der Unterzeichnung des Intentionsbriefes während einer öffentlichen Konferenz.

1.8.2016 ihre Ausbildung im Eilenriedestift und anderen paritätischen Altenpflegeeinrichtungen beginnen. Weiterer Kooperationspartner ist die Anna-Siemsen-Schule in Hannover. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. unterstützt das Projekt und wird es fachlich und politisch begleiten.

Oberstes Ziel der Projektbeteiligten ist es nun, die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die gemeinsame Ausbildung in beiden beteiligten Ländern anerkannt wird. Der politische Wille, eine entsprechende Regelung zu finden, ist in Polen sehr groß. So begleitete Marzena Wodzińska, Mitglied des Vorstands der Woiwodschaft Großpolen/Wiel-

kopolska, die niedersächsische BesucherInnendelegation an allen drei Tagen ihres Aufenthalts und warb auch auf der sehr gut besuchten Pressekonferenz für das Projekt.

Zum Programm des Besuchs der Niedersachsen in Polen vom 18. bis 20.04.2016 gehörte unter anderem die Unterzeichnung eines „Intentionsbriefes“, mit dem der Paritätische, das Eilenriedestift und das Regionale Zentrum der Gesellschaftspolitik ROPS ihre gegenseitige Zusammenarbeit im Projekt „Deutsch-Polnisches Kompetenzzentrum Altenpflege“ bekräftigen.

„Wir freuen uns sehr, dass das Projekt nun auch in Polen politisch auf den Weg gebracht wurde“, sagt Birgit Eckhardt. „Fachkräftemangel ist ein internationales Problem, das wir mit unserem Kompetenzzentrum auf innovative Weise gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern aus Polen angehen. Das große Interesse der polnischen Seite zeigt auch, welche große Anerkennung die spezialisierte Ausbildung zum/zur AltenpflegerIn international genießt.“

*Anika Falke
Referentin für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Paritätischer Niedersachsen wählt Verbandsrat KandidatInnen können noch bis zum 12. Juli nominiert werden

Es sind nur noch ein paar Wochen Zeit: Bis zum 12. Juli 2016 müssen die Nominierungen für die Verbandsratswahl des Paritätischen Wohlfahrtsverbands

Niedersachsen e.V. in der Landesverbands-Geschäftsstelle eingegangen sein. Die turnusgemäße Wahl zur Besetzung des Gremiums findet dann im

Rahmen der Mitgliederversammlung des Landesverbands statt. Sie beginnt am 12. November 2016 um 10 Uhr in der Glashalle des Congress Centrum Hannover.

Der Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen besteht aus 18 Personen, wovon je zur Hälfte männliche und weibliche Mitglieder sind. Er wird für vier Jahre gewählt und wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter, die im jährlichen Wechsel den Vorsitz übernehmen. Der Verbandsrat nimmt vor allem Aufgaben eines Aufsichtsratsgremiums wahr: Er berät und kontrolliert den hauptamtlichen Vorstand (der weiterhin von Birgit Eckhardt und Rainer Flinks gebildet wird), stellt Jahresabschlüsse fest und berät und beschließt grundsätzliche verbandspolitische Richtlinien. Zu vier ordentlichen Sitzungen pro Jahr können weitere hinzukommen. Teilweise gehören auch repräsentative Termine zu den Aufgaben.

Wer kann nominiert werden?

Fachbereichsversammlungen, die Versammlungen der Kreisverbände und alle Mitgliedsorganisationen können KandidatInnen nominieren, die in keinem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zum Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. stehen dürfen. Die KandidatInnen sollten ein Interesse an verbandspolitischer Arbeit mitbringen und über sozialpolitische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse verfügen.

Wie wird nominiert?

Erfüllt eine mögliche Kandidatin/ein möglicher Kandidat die Voraussetzungen und hat sie oder er zugestimmt, im Falle ihrer/seiner Wahl das Amt anzunehmen, muss die Nominierung schriftlich bis zum 12. Juli 2016 (spä-

tester Eingangstermin – es gilt der Posteingangsstempel) bei dem

Wahlausschuss
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
Gandhistrasse 5A
30559 Hannover

vorliegen. Als Informationen der Kandidatin/des Kandidaten werden benötigt: Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift (inkl. Telefon, Fax, E-Mail), Lichtbild, berufliche Tätigkeit und eventuell Funktion in einer Mitgliedsorganisation oder in verbandlichen Gremien.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Schulen brauchen die Freie Jugendhilfe! Protest gegen Umstrukturierung der Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit als Landesaufgabe, quasi als Chefsache – klingt doch gut! Aber: Bei dem anstehenden Umstrukturierungsprozess droht die Freie Jugendhilfe hinten runterzufallen. Daran hat sich auch in den letzten Wochen des Schuljahres 2015/16 nichts geändert.

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt will künftig nur noch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter im Landesdienst finanzieren. Das hat sie im Gespräch mit Birgit Eckhardt, der Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., noch einmal bekräftigt. Die Beschäftigten unterstehen dann direkt den Schulleitungen und sind weder fachlich noch strukturell in der Jugendhilfe mit ihrer besonderen ganzheitlichen und lebensweltorientierten Sichtweise auf junge Menschen verankert.

Dieses Thema blendet die rot-grüne Koalition aber völlig aus, wenn sie das Vorhaben als „längst überfällig“ und „verantwortungsbewusst“ preist: Die Freie Jugendhilfe setzt seit vielen Jahren wichtige Impulse in der Schulsozialarbeit, sie wirkt von außen in die Schulen hinein. Die Schülerinnen und Schüler profitieren enorm davon, dass die Jugendhilfe weitgehend unabhängig von den Schulleitungen agieren kann. Etliche Studien bestätigen das.

Diese Arbeit wäre künftig aber nur noch möglich, wenn die Kommunen als freiwillige Leistung zusätzliches Personal einstellen. Die kommunalen Spitzenverbände verweigern in dieser Sache bisher jedes Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden. Das macht wenig Hoffnung, dass sie die Arbeit der freien Schulsozialarbeit

weiterfinanzieren werden. Schule und Jugendhilfe wären dann zwei völlig voneinander getrennte Systeme.

Der politische Druck auf die Kultusministerin ist hoch. Vor allem, weil sie bisher längst nicht so viele Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter eingestellt hat wie angekündigt. Der Paritätische wird gemeinsam mit den freien Trägern den Protest aufrechterhalten und weiter nach Wegen suchen, die Freie Jugendhilfe als Teil des Schulalltags zu erhalten. Nicht aus Eigennutz, sondern weil diese Angebote den Schülerinnen und Schülern nur Vorteile bringen.

Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

MS kann mich nicht stoppen!

DMSG-Bundesverband mobilisierte zum achten Welt MS Tag

„Selbst bestimmt leben – mit MS“ lautete das Motto zum achten Welt MS Tag am 25.05.2016 in Deutschland. Auf Plakaten, Postkarten sowie mit Flyern warb die paritätische Mitgliedsorganisation Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e.V., bundesweit für mehr Verständnis in der Öffentlichkeit für die Belange der mehr als 200.000 in Deutschland lebenden Menschen, die mit der unheilbaren Autoimmunerkrankung MS ihren Alltag meistern müssen.

Benefizkonzerte, Expertenvorträge, Spendenläufe, Tanz-Events, Ausstellungen und Filmvorführungen: Der Welt MS Tag bot viele Gelegenheiten, über Multiple Sklerose aufzuklären, Vorurteile auszuräumen, sich über neue Therapien zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und aufzuzeigen, in welchen Bereichen Menschen mit MS im Alltag auf Hindernisse stoßen. Menschen mit MS, Angehörige, haupt- und ehrenamtlich Engagierte aus den DMSG-Landes-

verbänden sowie viele MS-Kliniken luden zu Veranstaltungen zum Gespräch über das Thema MS ein. Dabei galt es, darüber aufzuklären, wie die Krankheit den Alltag verändert und was geschehen muss, damit MS-Erkrankte ein ganz normales Leben gestalten können.

Wie es gelingen kann, selbstbestimmt mit MS zu leben, darüber berichteten MS-Erkrankte und ihre Angehörigen in Interviews, Mutmach-Geschichten und Videos auf der Webseite www.dmsg.de. Die Resonanz war so groß, dass der DMSG-Bundesverband auch über den Welt MS Tag hinaus über die vielen Perspektiven und Erfahrungen im Leben mit MS berichten wird.

Für Bewegung auf Straßen, Plätzen, in der Natur und in zahlreichen Wohnzimmern sorgte bereits seit Wochen vor dem MS Tag eine Aktion in den sozialen Netzwerken: Was als Wunsch des schwer an Multiple Sklerose erkrankten Günter begann, mündete am 25.05. in einen gemein-

samen Musikfilm voller Videoclips von Menschen, die dem gehandicapten Familienvater einen getanzten Gruß senden – ein großes, buntes Mosaik öffentlich getanzter Lebensfreude.

MS-Erkrankte und ihre Angehörigen wünschen sich nichts weniger als „ein ganz normales Leben“. Dazu gehören Mobilität, Chancengleichheit und auch der ungehinderte, einfache Zugang zu den Leistungen des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung sowie der Abbau von Barrieren in der Realität und in den Köpfen. Dafür setzt sich die DMSG ein und mobilisiert bundesweit Unterstützung, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und durchzusetzen. Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen der DMSG, ihrer Landesverbände und Kontaktgruppen finden sich unter www.dmsg.de.

*Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft
Bundesverband e. V.*

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de



Verbandsjubiläen

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen in den Monaten April, Mai und Juni 2016:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 2006)

- Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Ammerland e.V., Westerstede
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverein Gifhorn, Gifhorn
- Elbe-Jeetzel-Schule Dannenberg (EJS) Ersatzschule für Erziehungs- hilfe gGmbH, Dannenberg
- KOMM Nachbarschaftszentrum Nordstemmen e.V., Nordstemmen
- VBS Sozialbetriebe gGmbH, Coppenbrügge
- WERTE e.V. Verein für soziale Dienste, Hannover

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1996)

- Freie Martinsschule Hannover e.V., Laatzen
- Gut Adolphshof – Sozialtherapie gemeinnützige GmbH, Lehrte O.T. Hämelerwald
- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik in Hitzacker und Umgebung, Hitzacker
- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik im Grönegau e.V., Melle
- Bundesinteressengemeinschaft Geburtshilfeschädigter e.V., Stadthagen

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1991)

- Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen e.V., Hannover
- Die Rübe e.V., Lüneburg

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1986)

- Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Unterweser-Ems e.V., Bremen
- Elternverein der Max-Born-Realschule Bad Pyrmont e.V., Bad Pyrmont
- Lebenshilfe Nienburg gGmbH, Nienburg
- Verein für sozialpädagogische und lerntherapeutische Hilfen e.V., Vechta
- Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK), Osnabrück
- Göttinger Werkstätten gemeinnützige GmbH, Göttingen
- Kinderkiste Eltern-Kind-Gruppe e.V., Hildesheim
- Ambet e.V. Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen, Braunschweig
- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Seelze e.V., Seelze
- Schullandheimverein der Abendrothschule Cuxhaven e.V., Cuxhaven
- Unabhängiger Jugendtreff Samtgemeinde Uelsen e.V., Uelsen
- Verein Studienhaus Goehrde e.V., Hamburg
- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik in Meppen und Umgebung e.V., Meppen

35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1981)

- Der Weg Verein für gemeinde- nahe sozialpsychiatrische Hilfen e.V., Braunschweig
- Förderkreis der Lebensberatungs- stelle Tostedt e.V., Seevetal

- Förderverein für familienorien- tierte Sozialpädagogik e.V., Meppen
- Gesellschaft für pädagogisch- psychologische Beratung e.V., Hannover
- Lebenshilfe für Behinderte e.V. Ortsvereinigung Celle, Celle
- Sozialdienst des Missionswerkes der Gemeinde Gottes, Wietzen- dorf
- Aktion Stefanie e.V. zugunsten geistig Behinderter und nicht- behinderter Menschen, Oldenburg
- Gehörlosenverein Niederelbe Stade e.V., Stade

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1976)

- Gehörlosenverband Nieder- sachsen e.V., Harsum
- Verein zur Förderung des Kinder- gartens Heitlingen e.V., Garbsen
- Hilfe für seelenpflegebedürftige Menschen e.V., Laatzen

45 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1971)

- Verein für Körper- und Mehrfach- behinderte e.V., Hannover

65 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1951)

- Schulverein der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße Braunschweig e.V., Braunschweig
- Nieders. Gesellschaft für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe e. V. – Landes- verband, Lüneburg
- Schullandheim der Lutherschule e.V., Hannover

Ministerpräsident liefert das Mittagessen frei Haus

Stephan Weil als Praktikant beim Paritätischen Göttingen

Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Kreisverbands Göttingen sie mit einem warmen, schmackhaften Mittagessen versorgen, gehört für Ellen Otto als Kundin des Mahlzeitendienstes „Essen auf Rädern“ zur gewohnten Alltagsroutine. Doch am 11.05.2016 war alles etwas anders als sonst, denn an diesem Tag wurde Fahrerin Nadine Opitz auf ihrer Auslieferungstour tatkräftig von einem prominenten Praktikanten unterstützt: Ministerpräsident Stephan Weil hatte sich im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Arbeit und Dialog“ für einen Arbeitseinsatz bei „Essen auf Rädern“ gemeldet. „Das ist ja ein ganz ungewöhnlicher Besuch“, staunte Ellen Otto, als ihr der Ministerpräsident den Mittagsgesetz überreichte. Seit gut drei Jahren absolviert Stephan Weil derartige Arbeitseinsätze, um vor Ort mit Menschen in Niedersachsen in Kontakt zu treten. Auch mit Ellen Otto kam er schnell ins Plaudern über Göttingen, die Stadt, die er aus seiner eigenen Studentenzeit kennt. Dass bei „Essen auf Rädern“ nicht nur eine tägliche Mahlzeit angeliefert wird, erkannte der Ministerpräsident schnell: Die zwischenmenschlichen Kontakte seien besonders wichtig, betonte er.

Die 85-Jährige war eine von insgesamt 16 Kundinnen und Kunden, denen Stephan Weil im Rahmen seines Kurzpraktikums das „Essen auf Rädern“ brachte. Zu Beginn seines Arbeitseinsatzes wies ihn Nadine Opitz kurz in Sicherheit und Technik des Fahrzeugs mit installiertem Ofen ein, danach half er beim Beladen des Autos. „Herr Weil war ein freundlicher und netter Beifahrer und Kollege, und er hat auch ordentlich



Mit dem Ministerpräsidenten auf Tour: Nadine Opitz und Stephan Weil liefern „Essen auf Rädern“ aus.

Foto: Beate Hager

mit angepackt“, resümierte Nadine Opitz, und Michael Roth, Einsatzleiter Mahlzeitendienst beim Paritätischen Göttingen, würde den Ministerpräsidenten jederzeit einstellen: „Er hat seinen Job wirklich ausgezeichnet gemacht.“

Im Anschluss an die gut zweistündige Tour hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim gemeinsamen Mittagessen im Kreisverband Gelegenheit für tiefere Gespräche mit dem Ministerpräsidenten. Eines der wichtigsten Themen war dabei die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, denn hier spielt der Paritätische über die Stadtgrenzen Göttingens hinaus eine wichtige Rolle. „Da wir mit unserem Mahlzeitendienst nicht nur Menschen in der Stadt Göttingen versorgen, sondern auch in den Landkreisen Göttingen und Northeim, sind für uns die Auswirkungen des Demografischen Wandels bei unserer täglichen Arbeit spürbar“, erklärte

Dr. Volker Bullwinkel, Geschäftsführer des Paritätischen Göttingen. „Wir liefern auch in Dörfer, in denen es schon lange keinen Bäcker oder keine Einkaufsmöglichkeit mehr gibt und in denen viele ältere Menschen auf unseren Service angewiesen sind.“

Um 14.30 Uhr verabschiedete sich der Ministerpräsident zu einem Anschlusstermin. Das Gesamtfazit des Tages fiel sehr positiv aus: „Wir haben einen gelösten und gut gelaunten Ministerpräsidenten erlebt, dem die Arbeit als Auslieferungsfahrer des Mahlzeitendienstes und der direkte Kontakt zu unseren Kunden sichtlich Spaß gemacht hat“, fasste Dr. Volker Bullwinkel das „prominente Praktikum“ zusammen.

Anika Falke
 Referentin für Presse und
 Öffentlichkeitsarbeit
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

KIBIS Hannover feiert 30-jähriges

Selbsthilfekontaktstellen des Paritätischen fest im Gesundheitssystem etabliert

Die Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. bringen Gleichgesinnte und Betroffene zusammen. Sie stärken die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung von Personen und Gruppen. Seit nun 30 Jahren sind diese Einrichtungen Orte der Kooperation und Vernetzung. Fünf paritätische Beratungsstellen haben im Jahr 1986 ihre Arbeit aufgenommen. Die hannoversche KIBIS (Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich) hat ihr Jubiläum am 03.05.2016 im Neuen Rathaus in Hannover gefeiert. Höhepunkt für die rund 180 Gäste, darunter VertreterInnen aus Politik und Verwaltung sowie zahlreiche Mitglieder diverser Selbsthilfegruppen, war neben feierlichen Grußworten und bewegenden Reden vor allem die Eröffnung der Ausstellung „Selbsthilfe zeigt Gesicht“.

„Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, das ist einer der Satzungsaufträge unseres Verbandes“, erklärte Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, in ihrem Grußwort. „Gemeinsam haben wir es geschafft, die Selbsthilfe im Gesundheitssystem zu etablieren – darauf können wir zu Recht stolz sein!“ Aus den ehemals fünf Selbsthilfekontaktstellen im Paritätischen Niedersachsen sind heute 28 geworden, von denen sich vier in der Trägerschaft von Mitgliedsorganisationen befinden. Dass die Förderung der Selbsthilfe mittlerweile eine Pflichtleistung der Kassen ist, sei sicherlich der größte politische Erfolg in den vergangenen 30 Jahren gewesen. „Die Selbsthilfe operiert heute auf Augenhöhe mit den anderen Partnern im Gesundheitswesen und vertritt

dabei in Debatten stets den patientenorientierten Ansatz. Die Betroffenen werden so auch im kollektiven Bewusstsein zum aktiv Handelnden“, betonte Birgit Eckhardt. „Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Selbsthilfegruppen immer noch um jeden Euro kämpfen müssen.“

Hannovers Oberbürgermeister Stefan Schostok dankte der KIBIS und dem Paritätischen für 30 Jahre „unermüdlige, leidenschaftliche Arbeit für die Selbsthilfe in der Region Hannover“. Auch Regionspräsident Hauke Jagau lobte die gute Zusammenarbeit, wie sie etwa im „Bündnis gegen Depressionen“ zum Ausdruck kommt. Michael Lempe vom Vorstand der Krankenkasse hkk betonte, dass die Unterstützung der Ausstellung Teil der Projektförderung sei, mit der die wichtige Arbeit der Selbsthilfe inhaltlich und regional gefördert werde. Norbert Pyttlik, Leiter der Tinnitus Selbsthilfegruppe Hannover, gab persönliche Einblicke in sein Engagement: „In der Gruppe herrscht eine vertrauensvolle Atmosphäre, man muss über eigene Befindlichkeiten nicht viel erklären und bekommt Verständnis, darf aber

auch Schwäche zeigen“, sagte er stellvertretend für die Mitglieder der rund 600 Selbsthilfegruppen, die in der Region Hannover aktiv sind.

Viele weitere persönliche Eindrücke bietet die Ausstellung „Selbsthilfe zeigt Gesicht“, die die KIBIS anlässlich ihres Jubiläums organisiert hat. „Wir wollen die vielen Gesichter der Selbsthilfe zeigen“, erklärte Rita Hagemann, Leiterin der KIBIS. So kommen TeilnehmerInnen aus Selbsthilfegruppen zu Wort und berichten über ihren (Lebens-)Weg in die Selbsthilfe und über ihre Erfolge. An einer Station wird ein Selbsthilfegruppentreffen per Video simuliert, Besuchende können mit Hilfe von Kopfhörern Gespräche aus vier verschiedenen Gruppen verfolgen. Darüber hinaus bietet die Ausstellung umfangreiche Informationen zu den Selbsthilfeangeboten in der Region. Auch die Arbeit der Kontaktstelle wird vorgestellt. Da diese Arbeit trotz des unermüdligen Einsatzes der Mitarbeiterinnen vor allem in der Landeshauptstadt stattfindet, die KIBIS aber Anlaufstelle für mehr als 20 Kommunen in der Region ist, wurde „Selbsthilfe zeigt Gesicht“ als Wanderaus-



Gut besucht:
Die Eröffnung
der informativen
Ausstellung
„Selbsthilfe zeigt
Gesicht“ stieß auf
großes Interesse.

stellung konzipiert, die demnächst in verschiedenen Städten und Gemeinden auf Tour sein wird. Weitere Informationen sind im Internet unter www.kibis-hannover.de zu finden.

90 Gruppen beim Selbsthilfetag

Nicht nur die ältesten Kontakt- und Beratungsstellen im Paritätischen

Niedersachsen begehen dieser Tage große Jubiläen, auch die von Ihnen ausgerichteten Selbsthilfetage feiern besondere Jahreszahlen. In Hannover wurde der Selbsthilfetag bereits zum 30. Mal begangen. Rund 90 Selbsthilfegruppen hatten sich zu diesem Anlass am 21.05.2016 in der hannoverschen Innenstadt eingefunden und

stellten bei bestem Wetter und unter großem Interesse der Besucherinnen und Besucher sich und ihre Arbeit vor.

Anika Falke

Referentin für Presse und

Öffentlichkeitsarbeit

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e.V.

Bewohner des Seniorenzentrums setzen sich ein „Sieben auf einen Streich“ im Albert-Schweitzer-Familienwerk

Straßenüberquerung als Glücksspiel? Eine kostenlose „Pfützendusche“ beim Spaziergang oder Stolperfallen im Alltag? Mit uns nicht! Das sagten sich BewohnerInnen des Betreuten Wohnens vom Albert-Schweitzer-Seniorenzentrum, einer Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. in Uslar, und baten ihren zuständigen Bürgermeister Torsten Bauer zum persönlichen Gespräch über Missstände in der städtischen Infrastruktur und die besonderen Bedürfnisse und Sichtweisen durch Senioren. Spontan nahm der Bürgermeister diese Einladung an.

Begonnen hatte die Debatte um Risiken im infrastrukturellen Alltag, durch eine Beobachtung der Bewohnerin Renate Teuteberg. Die sonst rüstige Seniorin hat Probleme damit, die kleinen Ampelmännchen aus der Entfernung sicher zu erkennen und ist daher auf akustische Ampelsignale angewiesen. Doch sind diese nicht flächendeckend vorhanden oder gar nicht richtig getaktet: Die Zeitverzögerung lässt die Straßenüberquerung da schnell zum Glücksspiel werden. Diese und weitere Entdeckungen alltäglicher Schwierigkeiten gaben den Anlass für Christina Bolte (Begleitender Dienst) und Ste-

fanie Müller-Exner (Einrichtungsleiterin), Bürgermeister Torsten Bauer zu einem Gespräch in das Albert-Schweitzer-Familienwerk zu bitten.

Als „Sieben auf einen Streich“ bezeichnete Christina Bolte die Diskussionspunkte, die den Bewohnern am meisten am Herzen lagen. Die unglückliche Ampelsituation in Uslar gehörte als Tagesordnungspunkt Eins dazu. Der Bürgermeister zeigte sich überrascht von den Schilderungen Renate Teutebergs. Er versprach den Anwesenden, den Hinweisen ausführlich auf den Grund zu gehen. Auch die teils viel zu hoch gesetzten Bürgersteigkanten erhitzen die Gemüter der Senioren. Ohnehin mit eingeschränkter Mobilität unterwegs, stellen die hohen Kanten teils unüberwindbare Hindernisse für Menschen mit Rollstuhl oder mit Rollator dar. Familienwerks-Presse Sprecher Jörg Grabowsky räumte ein, diese Herausforderung selbst erst aus der eigenen Erfahrung heraus erkannt zu haben: „Als ich das erste Mal mit einem Kinderwagen unterwegs war, wurden schlichte Bordsteinkanten zu schwierigen Hindernissen.“ Und auch Ratsherr Werner Driehorst spricht von einem Wahrnehmungsproblem: „Das Bewusstsein für diese Problematik ist nicht gegeben.“ Man war sich schnell einig: Ein Schlüssel zu jeglicher



Der rege Austausch hat sich gelohnt: Die engagierten Senioren im direkten Austausch mit Torsten Bauer. Vorn links zu sehen sind Ingrid Reinhardt, Irmgard Müller sowie Christa-Eva Reif. Im Hintergrund ist Anneliese Siebrecht zu sehen. Rechts im Bild ist Bürgermeister Torsten Bauer, der aus dem Gespräch viele Impulse mitnahm.

Problembewältigung liegt in der Sensibilisierung für die teils widrigen Umstände, denen besonders Senioren im Alltag begegnen.

Einrichtungsleiterin Stefanie Müller-Exner zeigte in allen Belangen sofort unterstützende Hilfsbereitschaft. So könnte beispielsweise eine Abordnung bei einer Stadtbegehung unter dem Aspekt der „Seniorenuntauglichkeit“ zur Seite zu stehen: „Sicher finden sich auch Damen oder Herren aus unserem Betreuten Wohnen, um die Test-

strecken auf ihre Tauglichkeit hin abzugehen.“

Bürgermeister Torsten Bauer nahm gerne noch einige weitere Anregungen mit und versprach, diese Dinge an den richtigen Stellen zum Thema zu machen. So ging es noch um eine mögliche Zuschüttung des Löschteichs auf dem Familienwerksgelände und um die Parksituation in der Jahnstraße. Auch die öffentliche Behindertentouillette sowie in diesem Zusammenhang betriebener Vandalismus kamen zum

Gespräch und eine tempogedrosselte Verkehrsführung in mehreren Bereichen Uslars wurde von den Senioren angeregt. Ein kleiner Erfolg zeichnete sich nach dem Austausch bezüglich des letzten Punktes bereits ab: Torsten Bauer signalisierte die Möglichkeit, in Kürze in der Jahnstraße digitale Geschwindigkeitskontrollschilde zu installieren.

Swenja Luttermann

PR-Assistentin

Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

Gemeinsam für Verständnis und Akzeptanz!

Der 13. SuchtHilfeLauf der STEP

Unter der Schirmherrschaft des Sozialdezernenten a.D. Thomas Walter ging am Mittwoch, 27.04.2016, der 13. SuchtHilfeLauf der Paritätischen Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH (STEP) in Hannover an den Start. Er gab auch den Startschuss für die knapp 1.000 Läuferinnen und Läufer, unter denen sich mehr als 250 Schülerinnen und Schüler befanden. Wie jedes Jahr ging es einmal um den Maschsee. Auf den sechs Kilometern wurde das bunte Gemischte Feld aus diversen sozialen Einrichtungen, Firmenlaufgruppen, Schulen, Sportvereinen und vielen Einzelläufern von den begeisterten Zuschauern angefeuert.

Auch 2016 konnte die STEP mit dem SuchtHilfeLauf einen Beitrag zum Abbau von gesellschaftlichen Ressentiments leisten: Gemeinsam für mehr Verständnis und Akzeptanz von Suchterkrankungen. Für Betroffene und Unterstützer ist dieser Tag, unabhängig von Fähigkeiten, Befinden oder Herkunft, ein gemeinsames sportliches Ereignis voller Spaß. Über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus



Sozialdezernent

a. D. Thomas

Walter (Mitte), der Geschäftsführer der STEP, Serdar Saris (rechts), und Moderator

Jan Sedelies beim Startschuss zum 13. SuchtHilfeLauf der STEP.

Foto:

Isabel Winarsch

32 Einrichtungen der STEP aus ganz Niedersachsen gestalten jedes Jahr diese Veranstaltung. Alle gemeinsam möchten mit dem SuchtHilfeLauf den Zugang zu dem weitreichenden Hilfesystem der STEP aufzuzeigen (näheres dazu auch im Internet auf www.step-niedersachsen.de).

Der SuchtHilfeLauf der STEP ist eine von sieben Laufveranstaltungen der sogenannten Welfare-Laufserie, die noch bis zum 06.11.2016 in und um Hannover stattfindet. Alle Veranstalter setzen sich für eine gute Sache ein:

Hilfe für Kinder mit Behinderungen oder in Armut, Unterstützung für Menschen mit Depressionen oder Mukoviszidose. Rund 3.000 Teilnehmer laufen dafür jährlich mehr als 100.000 Kilometer (siehe auch www.welfare-laufserie.de). Der nächste SuchtHilfeLauf der STEP findet Anfang Mai 2017 statt.

Jörg Timmermann

QM / Unternehmensentwicklung STEP gGmbH

Paritätische Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH

Hochprofessionell, innovativ, erfolgreich, unverzichtbar

20 Jahre Männerbüro Hannover

Die paritätische Mitgliedsorganisation Männerbüro Hannover e.V. hat am 28.04.2016 in Hannover ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Der Verein blickte mit zahlreichen Gästen, Freunden und Förderern auf ein sehr erfolgreiches Wirken im Bereich der psychosozialen Beratung und für die Überwindung von sexistischen und rassistischen Tendenzen und ein gewaltfreies Zusammenleben zwischen Männern und Frauen zurück.



Anlässlich der Jubiläumsfeier gab Matthias Nitsch vom Vorstand Männerbüro Hannover e.V. einen (Rück)blick auf die Arbeit des Vereins.

Das Männerbüro Hannover bietet Männern, männlichen Jugendlichen und Jungen Rat und Hilfe bei allgemeinen Problemen, bei Betroffenheit von sexualisierter oder häuslicher Gewalt und als Täter sexualisierter oder häuslicher Gewalt. „Durch unsere Arbeit mit männlichen Tätern und mit männlichen Opfern von Gewalt bringen wir schwierige und auch unliebsame Inhalte zur Sprache und tragen damit auch zur Enttabuisierung bei“, so Geschäftsführer Klaus Eggerding, zugleich einer der Mitbegründer des Vereins, der heute sieben angestellte und sieben freie MitarbeiterInnen beschäftigt.

„Wir bieten Männern, männlichen Jugendlichen und Jungen psychosoziale Beratungen und soziale Trainings an“, beschreiben Matthias Nitsch und Ergün Arslan, beide Vorstandsmitglieder, die Arbeitsfelder des Vereins und unterstreichen damit das geschlechtsspezifische Angebot als eine Besonderheit der gemeinnützigen Organisation. „Weitere Aufgaben sind die Prävention von Gewalt, die Arbeit in unserer Beratungsstelle Anstoß – gegen sexualisierte Gewalt an Jungen und Jugendlichen sowie Fortbildung in unseren Arbeitsfeldern. Wir freuen uns über die hohe Akzeptanz im Rah-

men der Fachwelt, darüber, dass wir mit unseren Konzepten, Haltungen und Arbeitsweisen im In- und Ausland auf so großes Interesse gestoßen sind.“

Seit seiner Gründung im Jahr 1996 hat sich das Männerbüro durch seine Beiträge zum Opferschutz – durch Opferberatung, Täterarbeit, Vernetzung und Kooperation – großen Respekt und Ansehen erarbeitet. Es gilt heute als verlässlicher Partner in der Beratungsstellenlandschaft in der Stadt, in der Region Hannover sowie im Land Niedersachsen und ist eine bundesweit angesehene, sehr gut vernetzte Einrichtung. Der Verein leistet wichtige Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit, setzt sich ein für eine positive Entwicklung von Jungen, männlichen Jugendlichen und Männern und für die nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen von Kindern, Frauen und Männern.

Große Wertschätzung und Anerkennung für das Geleistete kam auch in den Grußworten anlässlich des Jubiläums zum Ausdruck. Klaus Dieter Scholz, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, hob die lang-

jährige, qualitativ hochwertige Arbeit und die stets gute Zusammenarbeit hervor. Die Arbeit des Männerbüros zeichne sich durch hohe Qualität, hohe Transparenz, verlässliche Zusammenarbeit und klare Kommunikation aus, es sei damit und mit seiner fachlichen Haltung unverzichtbar und sehr bedeutend. „Ohne den Verein würde in Hannover einiges weniger gut laufen“, so Scholz.

Lobend äußerte sich auch Andreas Böer, stellvertretender Leiter des Referates Kinder- und Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Er hob besonders das innovative, hochprofessionelle und erfolgreiche Wirken auf lokaler und überregionaler Ebene hervor, insbesondere sein Engagement im Bereich Kinder- und Jugendschutz.

Doris Klawunde, stellvertretende Präsidentin der Region Hannover und zugleich Zeitzeugin der Entwicklung des Männerbüros, brachte ihren Respekt für die innovative Arbeit des

Männerbüros, „gerade zu wichtigen und brandaktuellen Themen wie Gewalt gegen Frauen und Kinder, sexualisierte Gewalt von und gegen Männer“ zum Ausdruck. Sie beschrieb

den Verein als einen bedeutenden, verlässlichen und notwendigen Partner in der Beratungslandschaft, „den die Region auch weiterhin fördern werde“.

*Klaus Eggerding
Geschäftsführung
Männerbüro Hannover e.V.*

Kreisverband unterstützt Angebote des Offenen Ganztags Außerschulische Betreuung beim Paritätischen Peine

Seit dem 01.02.2016 ist der Paritätische Peine im Rahmen einer trilateralen Kooperation mit der Grundschule Hohenhameln-Clauen und der Gemeinde Hohenhameln aktiv: Er unterstützt die außerunterrichtlichen Betreuungsangebote des Offenen Ganztags, für den sich die Schulleitung gesamtverantwortlich zeichnet, personell und administrativ. Von Montag bis Donnerstag treffen ab 13 Uhr Busse mit Grundschulkindern am Schulzentrum Hohenhameln ein und werden von den Pädagogischen Mitarbeitern des Paritätischen Peine in Empfang genommen. Zunächst starten die Kinder in die „Freie Lernzeit“, in der sie die Möglichkeit haben, ihre Hausaufgaben anzufertigen. Ein enger Betreuungsschlüssel von pädagogi-

schen Mitarbeitern und Lehrkräften stellt sicher, dass die Kinder individuell nach ihren Bedürfnissen unterstützt werden können.

Im Anschluss daran geht es zum gemeinsamen Mittagessen in die Mensa des Schulzentrums – ein Angebot, von dem gerade auch die Kinder profitieren, für die ein geregelter warmes Mittagessen nicht selbstverständlich ist. Nach einer ausgiebigen Bewegungspause stehen täglich variierende Freizeitangebote auf dem Programm. Das Angebot kommt bei Kindern und Eltern gut an: Von den rund 300 Grundschulkindern an den beiden Schulstandorten sind rund 100 Kinder zum offenen Ganztagsangebot angemeldet, täglich werden 70 bis 80 Kinder betreut.

Um 15.30 Uhr endet die Offene Ganztagschule. Es schließt sich die Randbetreuung (von den Kindern „Piratenclub“ getauft) an. Die Mitarbeiterinnen des Paritätischen Peine sorgen dafür, dass Kinder im Rahmen dieses kostenpflichtigen Angebots weiter bis maximal 17 Uhr, und auch am Freitag, wenn der offene Ganztags nicht stattfindet, nach Schulschluss bis 15.30 Uhr betreut werden. Abgerundet wird das Angebot während der Schulzeit durch Betreuung in den Oster-, Sommer- und Herbstferien, ebenfalls durch die pädagogischen Kräfte des Paritätischen Peine.

*Julia Michaelsen
Koordination Schulrandbetreuung
Paritätischer Peine*

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat**
- Hilfe**
- Rechtsschutz**

für Mitglieder in allen
sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



www.endlichhandeln.de

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

„Alles nur Theater?“

Ferienbetreuung beim Paritätischen Celle

Unter dem Titel „Alles nur Theater?“ hat in Celle eine betriebliche Ferienbetreuung für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma Baker Hughes Inteq GmbH stattgefunden, die erstmalig vom Paritätischen Kreisverband organisiert wurde.



Großer Spaß für alle: Die Ferienbetreuung des Paritätischen Celle war ein voller Erfolg.

Vier pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen waren – zeitweise gemeinsam mit einer Theaterpädagogin vom Jungen Schauspiel Celle – in der Woche vor Ostern täglich zwischen 7 und 17 Uhr im Einsatz. 18 Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren wurden in den neuen Räumlichkeiten des Pfarrheims der nahegelegenen Gertrudenkirche betreut – eine große Entlastung für die Eltern, die in den Ferien oftmals keine verlässliche Betreuung für ihre Kinder haben und die langen Ferienzeiten über ihren eigenen Urlaubsanspruch nicht abdecken können.

Das Freigelände rings um das Pfarrheim bot reichlich Platz zum Fußballspielen, Tauziehen, Verstecken und Toben. Schlechtwetterzeiten wurden mit Gesellschaftsspielen, Bastelangeboten und kreativen Ideen der Kinder gestaltet. Die Kinder gestalteten Masken aus Gips und bereiteten eine kleine Aufführung vor, die zum Abschluss der Betreuungswoche den Eltern präsentiert wurde.

Nach der Devise „es ist normal, verschieden zu sein“ standen in allen Be-

reichen die Interessen und Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Vorlieben war ein voller Erfolg: Alle hatten Spaß und sind begeistert nach Hause gegangen. Viele Kinder freuen sich jetzt schon aufs nächste Mal in den Sommerferien, wenn es dann bei der geplanten Waldwoche heißt: „Ab ins Grüne!“.

*Irmgard Hantzko
Pädagogische Leitung
Paritätischer Celle*

Lebensretter unter neuer Führung

Landesverbandstag in Königslutter – DLRG wählt neuen Präsidenten

Auf ihrer Landesverbandstagung am 04. und 05.06.2016 in Königslutter haben die Delegierten der paritätischen Mitgliedsorga-



Dr. Oliver Liersch

nisation Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Landesverband Niedersachsen e.V. (DLRG) ihren neuen Präsidenten

gewählt: Dr. Oliver Liersch. Für die nächsten drei Jahre wird der 42-jährige die Geschicke des rund 90.000 Mitglieder starken Landesverbandes leiten. Der neue Präsident hob die Vielfalt der Arbeit der DLRG von der Schwimmausbildung, über den Wasserrettungsdienst bis zum Katastrophenschutz und der Jugendarbeit hervor. In seiner Amtsantrittsrede machte er deutlich, dass ihm ein Thema ganz besonders am Herzen liegt: „Jedes Kind muss schwimmen

lernen! Wir benötigen ein Bewusstsein in unserer Gesellschaft, dass es nicht gleichgültig ist, ob ein Kind schwimmen lernt“, so Liersch. Hintergrund ist die seit Jahren sinkende Schwimmfähigkeit von Kindern und die zunehmende Schließung von Bädern.

Liersch war bereits bis 2009 Vizepräsident der DLRG Niedersachsen. Von 2009 bis 2013 war er Staatssekretär im Niedersächsischen Wirtschafts-

ministerium, heute ist er wieder als Rechtsanwalt tätig.

Nachdem der „alte“ Vorstand einstimmig entlastet wurde, gab es für den scheidenden Präsidenten, And-

reas Bernau, noch eine besondere Ehre. Er wurde mit dem höchsten Ehrenzeichen „Gold mit Brilliant“ von Dr. Klaus Wilkens, Ehrenpräsident des Präsidiums der DLRG ausgezeichnet.

Nicola Dubacher
PR-Referentin
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Landesverband Niedersachsen e.V.

Neue Leitung in Bremervörde Geschäftsführerwechsel nach 22 Jahren

22 Jahre lang hat Dietrich Neubauer ehrenamtlich den Kreisverband Rotenburg-Bremervörde geleitet. Als Hauptgeschäftsführer der örtlichen Lebenshilfe ist Neubauer schon im vergangenen Herbst in den Ruhestand gegangen. Nun hat er auch sein Amt beim Paritätischen abgegeben. Neuer Geschäftsführer, und das hauptamtlich, ist Olaf Tietjen.

Der neue stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., Rainer Flinks, verabschiedete Neubauer und nutzte die Gelegenheit, vor etlichen Gästen aus der Lokalpolitik die Bedeutung der sozialen Daseinsvorsorge auf dem Land zu betonen. In Zeiten wachsender Unsicherheit und struktureller Herausforderungen stehe der Verband bereit: „Auf die paritätische Familie können Sie sich verlassen, auch auf dem Land“, sagte Flinks.

Neubauer selbst lobte das Team des Kreisverbands und ist sicher: „Die Dinge, die ich überlasse, sind in guten Händen.“ Sein Nachfolger ist schon seit Februar vor Ort und führt in Personalunion auch den Kreisverband Stade. Olaf Tietjen ist 47 Jahre alt, dreifacher Vater und kommt aus Loxstedt. Nach seiner Ausbildung zum Chemiefacharbeiter hat Tietjen umgesattelt und ein Studium als Diplom-Sozialpädagoge abgeschlossen. Zuletzt



Alter und neuer Geschäftsführer mit Ehefrauen und Gästen, von links: Rita Schygulla-Neubauer, Dietrich Neubauer, Beiratsvorsitzender Andreas von Glahn, Olaf Tietjen, Rainer Flinks, Stefanie Tietjen und Bremervördes Bürgermeister Detlev Fischer.

hat er 14 Jahre lang als Abteilungsleiter bei der Jugendhilfe im DRK Cuxhaven-Hadeln gearbeitet – neben der inhaltlichen bringt Tietjen auch jede Menge regionale Kompetenz mit.

„Ich will ein Netzwerker sein“, hat der neue Kreisverbandsgeschäftsführer angekündigt. Die Arbeit beim Paritätischen mache ihm noch dazu „täglich Freude“. Er sei neugierig auf die kommenden Herausforderungen.

Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf

www.paritaetischer.de

oder im E-Mail-Abo

schreiben Sie an

presse@paritaetischer.de

Verabschiedung nach 22 Jahren Neuwahlen im Verwaltungsrat der GGPS Braunschweig

Nach 22 Jahren Tätigkeit im Verwaltungsrat der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH wurde jetzt Rechtsanwalt und Notar a.D. Klaus-Achim Gerhard aus dem Gremium verabschiedet. Für ihn ist Rechtsanwalt und Diplom-Immobilienökonom Axel Kaufmann neu in den Verwaltungsrat gewählt worden.



Verwaltungsratsvorsitzende Birgit Eckhardt verabschiedet Rechtsanwalt und Notar a.D. Klaus-Achim Gerhard (Mitte) gemeinsam mit Geschäftsführer Henning Eschemann nach 22 Jahren Verwaltungsratszugehörigkeit aus dem Amt.

„Herr Gerhard hat über die vielen Jahre als Mitglied des Verwaltungsrates in seiner ruhigen und besonnenen Art – gepaart mit einem feinen Humor – die Geschicke der Paritätischen Tochter begleitet“, sagte Verwaltungsratsvorsitzende Birgit Eckhardt bei der Verabschiedung und verlieh ihm als dankbare Anerkennung für beispielhaftes Wirken und herausragende Verdienste um die Paritätische Sozialarbeit das Ehrenzeichen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V.

Auch Geschäftsführer Henning Eschemann dankte Klaus-Achim Gerhard

für die langjährige Unterstützung: „Gerade sein juristischer Sachverstand war eine große Hilfe in manch kniffligen Fragen“, fügte er den Worten von Birgit Eckhardt hinzu.

Neben dem neu gewählten Mitglied des Verwaltungsrates, Rechtsanwalt und Notar Axel Kaufmann, wurden Betriebsratsvorsitzende Andrea

Friedrich, Hans Golmann, Geschäftsführer von ambet e.V., sowie die Vorsitzende des Verwaltungsrates, Birgit Eckhardt, in ihrem Amt für drei Jahre bestätigt.

Anke Meyer
*Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH*

Trauer um Helmut Kirsebauer

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. trauert um Helmut Kirsebauer, langjähriger Sprecher im Sprechergremium des Fachbereichs Altenhilfe (später Altselbsthilfe) beim Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., der im Oktober 2015 verstorben ist.

Helmut Kirsebauer war von 2001 bis Ende 2010 Sprecher des Fachbereichs und hat mit großem Engage-

ment die Anliegen der älteren Generation vertreten. Viele Jahre lang leitete er den Niedersächsischen Landesverband der paritätischen Mitgliedsorganisation LAB – Lange-Aktiv-Bleiben e.V. Für sein insgesamt mehr als 25 Jahre währendes ehrenamtliches Engagement zur Förderung der Stärken, Potenziale und der Mitwirkung der Älteren wurde Helmut Kirsebauer mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. spricht den Angehörigen und allen anderen Menschen, die um Helmut Kirsebauer trauern, herzliches Beileid und Anteilnahme aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. wird den Verstorbenen in ehrender und dankbarer Erinnerung behalten.

*Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

www.spezial-kommunikation.de

transpari ganz nah



transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511 / 52 486 350
Telefax 0511 / 52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7410200

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

Ehre, wem Ehre gebührt...

Katrin Kammann mit Bundesverdienstorden ausgezeichnet

Eine besondere Ehre ist Katrin Kammann, 1. Vorsitzende der hannoverschen paritätischen Mitgliedsorganisation Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder Niedersachsen e.V., zuteil geworden: Am 18.04.2016 wurde sie im Rathaus von Hildesheim mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Katrin Kammann ist seit 15 Jahren die erste Vorsitzende des Vereins und hat sich seitdem mit großem persönlichem Einsatz ehrenamtlich für dessen Belange eingesetzt. Mit der Verleihung des Bundesverdienst-

ordens wird das große persönliche Engagement von Katrin Kammann angemessen gewürdigt und die Bedeutung und Wichtigkeit von sozialer Arbeit anerkannt.

Die vielfältigen Aufgaben des Vereins umfassen Telefonberatung, Krisenintervention, Einzelberatung, Traumatherapie, Paar- und Familienberatung sowie Rechtsberatung. Die Frauenberatung des Vereins wurde bereits 1985 als eine offene Beratungsstelle für Frauen jeden Alters eingerichtet. Der Schwerpunkt der beratenden Arbeit liegt seitdem in dem speziellen Angebot für Frauen nach Gewalter-

fahrung oder in krisenhaften Lebenssituationen.

Darüber hinaus unterhält der Verein auch ein Frauen- und Kinderschutzhaus. Als Krisenzentrum ist dieses Haus Tag und Nacht aufnahmebereit. Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt bedroht und/oder betroffen und im hohen Maße traumatisiert sind, finden hier vorübergehend einen möglichst gewaltfreien Raum.

*Bianka Titze
Gemeinnützige Gesellschaft
für paritätische Sozialarbeit
Hannover GmbH*

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Mandy Konsolke, Paritätischer Lüneburg
- Carmen Lee, Paritätischer Nienburg
- Ute Schumacher, Paritätischer Nienburg

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Kerstin Semler,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Michaela Novorita,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Christine Bohl-Edler,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Bärbel Hartmann,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Matija Pasalic,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Karin Scheppner,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt

- Ulrike Penzel,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Sabine Mielke,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Kathrin Linder,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Angelika Bubel,
Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Ulrike Adler, Paritätischer Lüneburg
- Klaus-Achim Gerhard,
Ehem. Verwaltungsrat GGPS Braunschweig

Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

- Katrin Kammann, Verein zum Schutz misshandelter Frauen u. Kinder Nds. e. V.



Vertrauen Sie unserer Expertise.

Zum Beispiel bei Bauvorhaben, Bewertung von Pflegeimmobilien, Investitionen, Factoring oder Leasing. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0511 34023-0 | bfshannover@sozialbank.de

www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

Der Paritätische Stellenmarkt

Wir sind ein soziales Unternehmen in der Südheide und bieten Unterstützungsleistungen für etwa 1000 beeinträchtigte Menschen jeden Alters. Ein Teil unseres Angebots ist die Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten für ca. 125 Mieter|innen, die überwiegend in unseren Werkstätten beschäftigt sind bzw. die Regelaltersgrenze erreicht haben; darüber hinaus begleiten wir ca. 70 Menschen in ambulanten Wohnformen.

Im Zuge der Nachfolgeplanung suchen wir zum Januar 2017 oder später eine

Bereichsleitung Wohnen (m/w)



unbefristet in Vollzeit.

Sie sind verantwortlich für die personelle und wirtschaftliche Leitung und konzeptionelle Weiterentwicklung aller Wohnangebote an verschiedenen Standorten. Sie vertreten die Belange der Wohnstätten intern und extern in den unterschiedlichsten Gremien und gegenüber den Leistungsträgern. In dieser Position sind sie direkt der Geschäftsführung unterstellt und Mitglied des Leitungsteams der Gesamteinrichtung. Sie tragen Personalverantwortung für ca. 80 Mitarbeitende.

Wir erwarten von Ihnen:

- Studienabschluss im Sozialmanagement/Sozialarbeiter/Sozialpädagoge oder vergleichbarer Fachrichtung/Ausbildung
- umfassende Berufserfahrung in Wohnstätten für Menschen mit Behinderungen
- mehrjährige Leitungserfahrung und hohe Kompetenz in Personalführung
- Fähigkeit zum verantwortungsvollen und respektvollen Umgang mit Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen
- Teamfähigkeit, Organisationstalent und Kundenorientierung
- fundierte Kenntnisse in der Sozialgesetzgebung und von Leistungs-, Prüfungs- und Vergütungsvereinbarungen nach § 75 SGB XII; Kenntnisse im HMB-W-Verfahren
- ausgeprägtes zukunftsorientiertes und unternehmerisches Denken und Handeln
- kommunikativen Führungsstil und Entscheidungskompetenz
- fachlich geprägtes Auftreten in Gremien und eine gute Repräsentationsfähigkeit

Wir bieten Ihnen:

- zeitgemäße, interessante und anspruchsvolle Arbeitsplätze sowie die Möglichkeit der beruflichen Weiterbildung und Entwicklung
- mehr als nur einen Job: eine Arbeit mit Sinn in einem sozialen Unternehmen
- eine attraktive Funktion mit hoher Budget- und Personalverantwortung sowie vielen Gestaltungsmöglichkeiten
- freie Einteilung der Arbeitszeit
- eine positive Arbeitsatmosphäre in einem hoch motivierten Team
- Bezahlung nach TVöD inkl. Zusatzversorgung eingehende Einarbeitung zusammen mit der Amtsinhaberin

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an:

Lebenshilfe Celle gGmbH | Geschäftsführung
Alte Dorfstraße 4 | 29227 Celle | www.lhcelle.de



ACHTUNG

Für die Ausgabe 03/2016 des
Parität Report ist
Redaktionsschluss am

Montag, 22. August 2016

Bitte schicken Sie Ihre
Beiträge und Bilder in druckfähiger
Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an
presse@paritaetischer.de

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung
(zwei bis drei Sätze) oder
ihre Ausschreibung an
E-Mail presse@paritaetischer.de
oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

**Die Veröffentlichung
ist kostenlos!**

Bunte Lebenswelten e. V.



Ludolfshausen 6
37133 Friedland
Tel. 05504 7553

mail@bunte-lebenswelten.de
www.Bunte-Lebenswelten.de

Der gemeinnützige Bunte Lebenswelten e. V. fördert Begabungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Wir bieten eine Stelle für eine/n

Auszubildenden (m/w) für **Büromanagement**

für Menschen mit seelischer und/oder körperlicher Schwerbehinderung

in der Geschäftsstelle unseres gemeinnützigen Vereins. Die Ausbildung ist auch im Verbund möglich.

Dauer: bis zu drei Jahren, je nach Vorbildung

Sie bringen mit: mind. Hauptschulabschluss, Freude an der Arbeit für Menschen, am Organisieren und Bürotätigkeiten. PC-Kenntnisse MS Office (Word, Excel, Outlook) + Internet erwünscht, gern auch Buchführung, Social Media.

Ihre Aufgaben während der Ausbildung:

- Öffentlichkeitsarbeit, Public Relations, Eventmanagement
- Buchhaltung, Rechnungswesen
- Büroorganisation und -management
- Korrespondenz und Telekommunikation
- Umgang mit Bürotechnik und Verwaltungsarbeiten

Sie bekommen:

- passgenaue persönliche Begabungs- und Potenzialförderung
- gemeinschaftliches Wirken mit und für sozialen Zusammenhalt
- Gesundheitsförderung
- Fahrtkostenzuschuss nach Absprache und erfolgreicher Probezeit
- ggf. Teilnahme an Veranstaltungen (Kultur und Bildung)

Anforderung: Verlässlichkeit, Offenheit für Neues, Begeisterung

Leitung und Ansprechpartnerin: Angelika Specht, MA – Pädagogin, Heilpraktikerin (Psych.), stellv. Vors., anerk. Ausbilderin für Kaufleute des Büromanagements (IHK)

Bank: VR-Bank Südniedersachsen eG, IBAN: DE37 2606 2433 0005 1844 44, BIC: GENODEF1DRA
Gläubiger-ID: DE88ZZZ00000998746
Vereinsregister: Amtsgericht Göttingen, Registerblatt VR 201579
Finanzamt Göttingen St. Nr. 20/206/27250

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Thomas Ramm

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Thomas Ramm

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Europa

Information und Beratung zu EU-Förderprogrammen

Nikolai Nemitz

Tel. 05 11 / 5 24 86-342

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Thomas Ramm (Fundraising)

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Beate Ritzer (Fundraising)

Tel. 05 11 / 5 24 86-384

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Peter Schmidt

Tel. 05 11 / 89 72 57-50

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Ohmsen

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Thomas Ramm

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-372

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 0 53 61 / 29 50-15
Fax 0 53 61 / 29 50-21
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Florian König
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.
Pelikanstraße 4
30177 Hannover
Tel. 05 11 / 90 92 57 0
Fax 05 11 / 90 92 57 11
florian.koenig@paritaetischer.de

Bildung

Nikolai Nemitz
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-342
Fax 05 11 / 5 24 86-332
nikolai.nemitz@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-367
Fax 05 11 / 5 24 86-332
eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Kathrin Wagner
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
kathrin.wagner@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel. 0 53 51 / 5 / 41 91-4
Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Rosenwall 1
38300 Wolfenbüttel
Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-365
Fax 05 11 / 5 24 86-333
birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Thomas Ramm
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
thomas.ramm@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-383
Fax 05 11 / 5 24 86-332
regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
für deutsch-polnische und
europäische Zusammenarbeit
Marienbruchstraße 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 0 53 41 / 84 11 94
k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Kathrin Wagner
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
kathrin.wagner@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 97 45-17
Fax 0 50 21 / 97 45-11
bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
Paritätischer Braunschweig
Jugend- und Drogenberatung
Braunschweig DROBS
Kurt-Schumacher-Straße 26
38102 Braunschweig
Tel. 05 31 / 2 20 90-0
Fax 05 31 / 2 20 90-90
petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel. 0 47 21 / 57 93-12
Fax 0 47 21 / 57 93-50
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Thomas Ramm
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
thomas.ramm@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Abteilung I: Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-389
Fax 05 11 / 5 24 86-333
harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung III: Personalwesen

Holger Büttner
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-327
Fax 05 11 / 5 24 86-333
holger.buettner@paritaetischer.de

Abteilung V: Selbsthilfe/Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Abteilung II: Finanzen/Verwaltung

Monika Bullmann
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-378
Fax 05 11 / 5 24 86-333
monika.bullmann@paritaetischer.de

Abteilung IV: Betriebswirtschaft/Recht

Thomas Ramm
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-333
thomas.ramm@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Thomas Ramm
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-333
thomas.ramm@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
Freiwilligen-Agentur des
Paritätischen Hameln
c/o Familie im Zentrum
Osterstraße 46
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 57 61-27
nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 97 45-15
Fax 0 50 21 / 97 45-11
wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Nikolai Nemitz
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-342
Fax 05 11 / 5 24 86-332
nikolai.nemitz@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-332
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- und Beratungsstellen für

Selbsthilfegruppen

Regina Heller
Paritätischer Hameln
Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 5 76-113
regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
Lebenshilfe Hameln e. V.
Sprachheilkindergarten
Burgstraße 4
31855 Aerzen
Tel. 0 51 54 / 38 05
Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Mitglieder des Verbandsrats (Wahlperiode 2012 bis 2016)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Dorothea Pitschnau-Michel

(2014, 2016)

Debberode 143

30880 Laatzen

Tel. 05 11 / 82 30 21

pitschnau@outlook.de

Kurt Spannig (2013, 2015)

c/o Psychiatrische Klinik Uelzen

An den Zehn Eichen 50

29525 Uelzen

Tel. 05 81 / 38 95-301

Fax 05 81 / 38 95-309

info@pk-uelzen.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Straße 53

30539 Hannover

Tel. 05 11 / 5 38 94 37

b_bluemel@t-online.de

Reiner Bruns

Postfach 1129

31793 Bad Pyrmont

Tel. 05281/960755

Reiner-Bruns@T-Online.de

Klaus Dickneite

Ostergrube 2

30559 Hannover

Tel. 05 11 / 51 49 51 (privat)

Tel. 01 73 / 6 22 02 00 (mobil)

Fax 05 11 / 51 49 51

kdickneite@online.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19

30952 Ronnenberg

Tel. 05 11 / 46 93 19

silke.gerike@gmail.com

Holger Gerken

c/o Göttinger Werkstätten gGmbH

Elliehäuser Weg 20

37079 Göttingen

Tel. 05 51 / 50 65-100

H.Gerken@Goe-We.de

Bernd Göddertz

Luisenstraße 9

31141 Hildesheim

Tel. 0 51 21-9 99 07 87

bernd.goeddertz@gmx.de

Tina Hellmann

Hauptstraße 5

37191 Wachenhausen

Tel. 01 76 / 92 19 18 16 (mobil)

Tina.Hellmann@web.de

Ulla Klapproth

Im Siek 10

37191 Gillersheim

Tel. 0 55 56 / 15 66 (werktags)

Fax 0 55 56 / 50 78

ulla.klapproth@paritaetischer.de

Anneliese König

Südweg 8a

26135 Oldenburg

Tel. 04 41 / 20 13 17

Fax 04 41 / 2 04 91 15

anneliese-koenig@t-online.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-

Familienwerk e.V.

Jahnstraße 2

37170 Uslar

Tel. 0 55 71 / 92 43-0 (dienstlich)

kupper@familienwerk.de

Monika Lehmann

Glünderstraße 2

30167 Hannover

Tel. 05 11 / 70 21 52 (privat)

Monika.Lehmann@

nld.niedersachsen.de

Monika Placke

c/o Verband alleinerziehender

Mütter und Väter LV NDs. e.V.

Walter-Haas-Straße 32

49088 Osnabrück

Tel. 05 41 / 7 63 87 (privat)

Tel. 01 70 / 8 14 10 37 (mobil)

monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

c/o Studentenwerk Göttingen

PF 3851

37028 Göttingen

Tel. 0 55 46 / 13 79 (privat)

Tel. 05 51 / 39 51 79 (dienstlich)

Fax 05 11 / 39 51 70 (dienstlich)

Berlind.Rosenthal-Zehe@

studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8

38527 Meine

Tel. 0 53 04 / 39 77

Fax 0 53 04 / 52 90

schlueter.ohnhorst@t-online.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Rainer Flinks, stellv. Vorsitzender

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e.V.

GandhisträÙe 5a

30559 Hannover

Tel. 05 11 / 5 24 86-0

Fax 05 11 / 5 24 86-333

landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.

Haus A1, App. 107

Bevenser Weg 10

30625 Hannover

Tel. 05 11 / 54 04 21 07

Günter Famulla

Davenstedter Straße 227

30455 Hannover

Tel. 05 11 / 49 88 31

Wolfgang Neubelt †

Johannes Schmidt

Bahnhofsstraße 14

21745 Hemmoor

Tel. 0 47 71 / 64 34 95 (privat)

Tel. 01 71 / 2 13 75 28 (mobil)

Fax 0 47 71 / 64 34 34

Neusicht@aol.com

Bolko Seidel

Lebenshilfe Hildesheim e.V.

Am Flugplatz 9

31137 Hildesheim

Tel. 0 51 21 / 1 70 98 60 (dienstlich)

Fax 0 51 21 / 1 70 98 78

bolko.seidel@lhhi.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

c/o Herrn Hans-Jürgen Lehmann
Blumenstraße 9
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 40 59 69 99
GF: Hans-Jürgen Lehmann
paritaet.dlp@online.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebusen 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Grafsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GFin Sabine Hüsemann
sabine.huesemann@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax: (04 91) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax: (04 41) 7 79 00-22
GF: N.N.

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Neue Straße 21
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Martina Silberkuhl
martina.silberkuhl@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Paritätischer Betreuungsverein Stade

Harsefelder Straße 22
21680 Stade
Tel.: (0 41 41) 60 00 90-24
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 44 01) 45 88
Fax: (0 44 01) 45 80
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de